

Offener Brief



<https://www.nachdenkseiten.de/?p=92454>

13. Januar 2023 um 12:30 Ein Artikel von Bernhard Trautvetter

Eine geplante neue „Sicherheitsstrategie“ wird von den Grünen mit dem **NATO-Konzept der Abschreckung** in Verbindung gebracht. Dieses Konzept der Abschreckung umfasst auch eine **„nukleare Teilhabe“** – darum werden auch in Büchel bei Koblenz **US-Wasserstoff-Arsenale für den Atomkrieg** bereitgehalten. **Außerdem wird die Atomgefahr im Ukrainekrieg unterschätzt.** Eine solche „Sicherheitsstrategie“ ist abzulehnen. Von **Bernhard Trautvetter**.

Die bündnisgrüne Bundesaußenministerin Annalena Baerbock hatte knapp einen Monat nach dem Beginn der russischen Invasion in der Ukraine eine neue sogenannte ‚Sicherheitsstrategie‘ angekündigt. Diese sollte bis zur Sicherheitskonferenz Mitte Februar 2023 vorliegen. Das Bundeskanzleramt hat die Zeitplanung erst einmal durchkreuzt.

Baerbock erwähnte bei der Eröffnung der Auftaktveranstaltung zur Nationalen Sicherheitsstrategie am 18. März 2022, dass die Entfernung von Berlin nach Kiew der nach Freiburg entspricht und ergänzte:

„Und wir spüren so eine Sehnsucht, die wir wahrscheinlich lange nicht, die vielleicht meine Generation noch nie so richtig gespürt hat: **eine Sehnsucht nach Sicherheit**. Das ist eine zutiefst menschliche Sehnsucht – im Sinne vielleicht einer Versicherung für das, wofür wir alle gemeinsam eintreten: **für die Sicherheit der Freiheit unseres Lebens**.“

Wie aufrichtig diese Worte waren und sind, das **misst sich an den Gefahren, die die auswärtige Politik riskiert** oder vermeidet und **das wissentlich oder ahnungslos**. In ihrer Rede zur Sicherheitsstrategie verbindet Baerbock diese Worte mit dem NATO-Konzept der Abschreckung, die auch eine nukleare Teilhabe umfasst, wegen der auch in Büchel bei Koblenz US-Wasserstoff-Arsenale für den Atomkrieg bereitgehalten werden. Baerbock formuliert einen Zusammenhang, der nicht nur Friedenskräfte in Alarm versetzen sollte:

„Wir müssen Abrüstung und Rüstungskontrolle komplementär zu Abschreckung und Verteidigung denken.“

Hier ergänzt sie eine verbal **auf Frieden gerichtete Politik** mit einer **real militärischen – auf Kriegswaffeneinsatz gerichteten – Strategie**. Diese **Orwell'sche Sprachumkehrung** spitzte die bündnisgrüne Ministerin noch weiter zu: Es geht ihr um „Wehrhaftigkeit, ... um unsere Streitkräfte schneller zu modernisieren, voll auszustatten, aber auch – und das ist wichtig – um unsere gemeinsame Bündnisfähigkeit zu stärken. Denn es ist wichtig, dass wir Wehrhaftigkeit auf der Höhe der Zeit definieren.“

Baerbock stützt in ihrer **Friedens-/Sicherheitsrhetorik dasjenige Militärbündnis**, von dem aus nicht erst seit dem Ende des Kalten Krieges **die meisten Völkerrechtsverletzungen ausgegangen sind**. Und **diese Verbrechen haben zu einer Militarisierung der Weltpolitik beigetragen**, die für die Menschheit das Gegenteil von Sicherheit bedeutet. **Die NATO-Strategie umfasst die Option des nuklearen Erstschlags**. Doch es kommt noch schlimmer, da ein Krieg in einer **Welt mit über 400 Atomreaktoren**, davon **über ein Viertel in Europa**, die Gefahr einer Havarie bedeutet, die Großregionen von jeweils hunderten Kilometern Ausdehnung verstrahlt – insgesamt geht es durch die **hundertfache Anzahl dieser Gefahrenpunkte um den Bestand der Zivilisation**.

Es ist bekannt, dass **die grüne Partei aus der Friedensbewegung und der Anti-AKW-Bewegung entstanden** ist. Im **Gründungsprogramm von 1980** lehnten die Grünen die Atomenergie ab, da „... **das Katastrophenpotential der Atomkraftwerke und anderer atomarer Anlagen ein nicht verantwortbares Risiko darstellt**.“ Die Grünen **lehnten damals auch Militärblöcke ab**, da das „Weiterleben auf unserem

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

Planeten Erde ... nur gesichert werden können (wird), wenn es zu einer Überlebensgemeinschaft aller Menschen und Völker kommt.“

Diese Position hat sich auch **im Ukrainekrieg bewahrheitet, zu dem es ohne die NATO-Ostexpansion**, die zentralen völkerrechtlichen Texten der europäischen Politik seit der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa 1975 **widerspricht**, vermutlich nicht gekommen wäre.

Dem 24.2.2022 ging die **kategorische Ignoranz gegenüber den von Russland geforderten Sicherheitsanforderungen durch die NATO** voraus. Diese Sicherheitsgarantien entsprachen den Vereinbarungen unter anderem im Verlauf der Verhandlungen zum Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland, darunter eine Verneinung der Ausdehnung der NATO nach Osteuropa. Dessen ungeachtet ist die Bundesaußenministerin mit anderen Spitzenpolitikern ihrer Partei Vertreterin des NATO-Kurses:

„Die Sicherheit in Europa hängt von der Bündnisfähigkeit der NATO ab.“

Die einstige Friedens- und Anti-Atom-Partei wird von **ihrer Spitze zu ihrem glatten Gegenteil verunstaltet**. Sie **ignoriert die besonders bedrohliche Rolle des Gemisches aus Krieg und Atom im Kriegsgeschehen in der Ukraine**: Vor der Lieferung schwerer Waffen in die Ukraine ist unbedingt zu warnen, da sich militärisches Handeln, das Risiken steigert, wie sie von Atomanlagen ausgehen können, verbietet. Dazu die Denkschrift der evangelischen Kirche zum Frieden:

„Grenzen legitimer Selbstverteidigung sind außerdem unter dem Aspekt einer Ethik der Mittel zu ziehen. Die Existenz von Massenvernichtungsmitteln (atomaren, biologischen und chemischen Waffen), die von ihrer Wirkungsweise her auf unterschiedslose Zerstörung und Vernichtung ausgelegt sind, wirft schwerste ethische und rechtliche Probleme auf.“

Dies gilt entsprechend für das von Industrie- und Energieanlagen wie **Atomkraftwerken ausgehende Risiko**. Baerbock weiß um dieses Risiko: Sie stellte mit anderen Bundestagsabgeordneten ihrer Partei am 25.11.2014 eine Anfrage an die damalige CDU-CSU/SPD -Bundesregierung zur Sicherheit der **15 Atomreaktoren in ukrainischen Atomkraftwerken** am Rand eines militärischen Konfliktes. Zitat:

„Das hohe Risiko für einen Reaktorunfall in der Ukraine hat sich in den letzten Monaten nicht verändert. Durch den andauernden Konflikt ist die Gefahr permanent gegeben. Ein absichtlich oder unabsichtlich herbeigeführter Reaktorunfall hätte auch direkte Folgen für die Bundesrepublik Deutschland.“

Die Ukraine bat bereits im März 2014 die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO), die Frage der nuklearen Sicherheit mit den russischen Behörden zu besprechen. Auch die USA, die Europäische Union und die Nordatlantikpakt-Organisation (NATO) wurden um Unterstützung beim Schutz der ukrainischen Atomanlagen gebeten – ein Expertenteam wurde im Mai 2014 entsandt.“

Fünf Monat zuvor thematisierte eine ähnliche Anfrage der Bündnisgrünen die Atomruine Tschernobyl mit eindringlicher Klarheit: „Auch die Situation in Tschernobyl ist nach wie vor besorgniserregend.“ Die Antwort der Bundesregierung von 2014 war – und ist es immer noch – so entlarvend wie alarmierend:

„Die Sicherheitslage an den Nuklearanlagen wurde bei den Abstimmungen zwischen der Bundesregierung und ihren Partnern bzgl. der Deeskalation des russisch-ukrainischen Konflikts nicht thematisiert. ... Die Bundesregierung führt keine eigenen Gespräche zur Sicherheitslage an den Kernkraftwerken. ... Zivile Notfallplanung im Rahmen der NATO ermöglicht Alliierten und Partnern, sich gegenseitig bei der Vorbereitung auf und der Bewältigung von Krisen, Naturkatastrophen oder Konflikten zu unterstützen. Der breite Ansatz der NATO – verankert im Neuen Strategischen Konzept – erkennt an, dass große zivile Notstände eine Gefahr für Sicherheit und Stabilität sein können.“

Es ist auch die Frage, inwiefern die Bundesregierung ihren Amtseid verletzt, Schaden von der deutschen Bevölkerung abzuwenden, denn sie begnügt sich mit dem Risiko, ohne sich dessen selbst und zwar de-eskalierend anzunehmen:

„Nach Information der Bundesregierung sind keine deutschen Experten an der Entsendung des Beratungs- und Unterstützungsteams der NATO beteiligt. ...Die IAEO (Internationale Atomenergiebehörde) war nicht in den Prozess der Entsendung eines zivilen Experten-Teams der NATO eingebunden. Eine Unterrichtung im Vorfeld seitens der NATO ist nicht erfolgt.“

Ein solches Vorgehen ist ein Himmelfahrtskommando, wie die gesamte Militärpolitik im Nuklearzeitalter, in dem nur mit dem Atompazifismus eine Aussicht auf Überleben gesichert werden kann. Eine ‚Sicherheitsstrategie‘, die von dieser ganz offensichtlichen Klarheit abweicht, ist ein rhetorisches Instrument zur Beschwichtigung der Bevölkerung. Sie ist ein Anschlag auf die Sicherheit des Lebens. Sie ist **ein vielfacher Betrug an den Menschen, die über diese Zusammenhänge im Dunkeln gehalten werden.**

Es gibt nur die Antwort der Diplomatie auf die Militärpolitik der NATO: Sie umfasst Abrüstung – auch nuklear – und gemeinsame Sicherheit statt Abschreckung.

Plädoyer für Friedensverhandlungen im Ukraine-Krieg

14. Januar 2023 Christian Hacke



Kriegsverlauf und **Hilfe aus dem Westen machen der Ukraine Mut. Doch die Strategie Putins ist perfid. Warum wir jetzt über eine Exit-Strategie reden sollten.**

Der brutalste Angriffskrieg in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg bringt unvorstellbares Leid. Und es ist kein Ende in Sicht. Millionen Menschen sind obdachlos oder auf der Flucht. Die Wirtschaft ist im freien Fall. Die Infrastruktur wird täglich zerstört. Die zivilen Opfer steigen weiter um Tausende. Mindestens 100.000 Soldaten sind auf jeder Seite bislang gefallen und weitere Hunderttausende sind verletzt.

Doch der Verteidigungswille der Ukraine scheint ungebrochen. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj setzt weiterhin auf den Sieg und **auf die Rückeroberung aller besetzten Gebiete.** Der bisherige Verlauf des Krieges und die Unterstützung des Westens machen der Ukraine weiterhin Mut.

Russlands Präsident Wladimir Putin dagegen hat sich im Krieg bislang völlig verrechnet. Doch die schwerer militärischen Rückschläge führen bislang nicht zum Kollaps oder gar zur Aufgabe der Russen. Vielmehr werden die russischen Truppen verstärkt und neu aufgestellt. Die Verteidigungslinien werden befestigt und eine neue Offensive scheint nicht ausgeschlossen.



Der Politikwissenschaftler Christian Hacke war Professor an der Universität der Bundeswehr Hamburg und der Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Putin setzt weiter auf eine zerstörerische Mini-Max Strategie: **Verteidigung und Stabilisierung der seit Kriegsausbruch unter hohen Kosten besetzten Gebiete** sind sein Minimalziel und wenn möglich, zielt seine Strategie auf weitere Eroberungen von ukrainischem Gebiet im Osten sowie auf **langfristige Zermürbung und Zerstörung der gesamten Ukraine.**

Die ideologische Mobilisierung der russischen Bevölkerung, bedingungslose und rücksichtslose Verteidigung des Status quo und der ungebrochene Wille, den Krieg weiter zu eskalieren stehen im kompromisslosen Gegensatz zur ukrainischen Sieg Strategie. **Der Verlust an einsatzerprobten Kampftruppen sucht Russland durch Söldner, Reservisten, Exhäftlinge und Separatisten zu kompensieren.**

Mangelhafte militärische Fähigkeit und fehlende politische Motivation soll durch rücksichtslosen Einsatz ersetzt werden. Putin dreht diese jungen Männer praktisch massenhaft durch den Fleischwolf.

Auch die Kosten für die Ukraine und den Westen steigen rapide an. Der ukrainischen Armee wird es zudem schwerer fallen, die Lücken zu füllen. Doch **wegen des heroischen Widerstandes der Ukraine und der westlichen Waffenlieferungen ist vorerst keine Niederlage und damit aber auch kein Ende des Krieges in Sicht.**

Das bittere Paradox: **die Waffenlieferungen verhindern zum Glück eine Niederlage der Ukraine, verlängern aber leider den Krieg.** Der Selbstbehauptungswille der Ukrainer ist bewundernswert. Seine Achillesferse aber ist **Kompromisslosigkeit mit Blick auf einen verhandlungspolitischen Ausgleich mit Russland.**

Allen Warnungen zum Trotz setzen beide Seiten nach wie vor auf Sieg; ein Verhandlungskompromiss erscheint deshalb derzeit unwahrscheinlich.

Nach wie vor blockieren die USA jedwede Verhandlungen, um den Krieg zu begrenzen, wie im März 2022, als ukrainisch-russische Friedensfühler mit der Perspektive einer neutralen Ukraine ausgestreckt wurden.

Warum? **Die USA führen in der Ukraine einen Stellvertreterkrieg mit dem Ziel, auf Kosten Russlands die eigene Einflussphäre über Militärbasen in der Ukraine nach Eurasien weiter**

auszubauen. Dabei geht es ihnen weniger um ukrainische oder europäische Interessen. "Fuck the EU", erklärte Victoria Nuland, jetzt stellvertretende Außenministerin der USA, auf enthüllende Weise schon vor Jahren mit Blick auf die Ukraine.

Die Haltung und der Einfluss der EU auf den Krieg oder mit Blick auf Frieden ist trostlos und ratlos zugleich: Sie **"degradiert sich zum willigen Mitläufer der USA"** und **wird damit zum Mitschuldigen an diesem Krieg"**, so der ehemalige stellvertretende Generalsekretär der UNO, Michael von der Schulenburg.

Deshalb mehren sich mittlerweile auch in Europa die kritischen Stimmen, die die Kosten für die Ukraine nicht mehr bedingungslos tragen wollen. **Selbst Nato-Generalsekretär Stoltenberg** erklärte jüngst in Norwegen öffentlich, **dass der Krieg außer Kontrolle geraten könne:** "Und wenn dieser Krieg schiefgeht, dann geht er fürchterlich schief!"

Die Folgen für die Ukraine sind jetzt schon bitter genug: Kiew alleine kann ohne Unterstützung der USA nicht überleben und schon gar nicht über eine Beendigung des Krieges verhandeln.

Ukraine-Krieg: Wunsch nach Verhandlungen wird lauter

Der Westen bewundert zu Recht den heroischen Kampf der Ukraine. **Aber angesichts der steigenden Opfer, der gewaltigen Zerstörung und der Gefahr der Eskalation des Krieges wird jetzt der Wunsch nach Verhandlungen auch in den USA lauter.** Kürzlich plädierte der **ranghöchste US-amerikanische General, Marc Milley für sofortige Verhandlungen, um den Krieg zu beenden.**

Henry Kissinger lobte wiederholt die heldenhafte Verteidigung, appelliert aber auch an Kiew, jetzt aus einer Position der Stärke **mehr Kompromissbereitschaft für einen Verhandlungsfrieden aufzubringen.**

In US-amerikanischen Regierungskreisen wie auch in der Öffentlichkeit mehren sich die Stimmen, **die Ukraine nicht weiter bedingungslos zu unterstützen,** sondern sie vorsichtig auf eine Kompromisslösung vorzubereiten.

Warum? Waffenlieferungen und Sanktionen werden Russland nicht in die Knie zwingen. Dieses brutale Regime an der Spitze einer Atommacht wird eher eskalieren als dass es aufgegeben wird. Und sollte Putin sterben oder abgesetzt werden, **dann wird nicht eine liberale Opposition den Krieg beenden, sondern rechtsextreme und noch militantere Nationalisten könnten den Krieg noch brutaler führen.** Sie werden auch das Risiko eines europäischen Flächenbrandes einkalkulieren.

Die Russen mögen ihrer eigenen Regierung nicht trauen, aber dem Westen trauen sie noch weniger. Insbesondere die Forderung des Westens, Russland muss für diesen Krieg bestraft werden und sollte nie wieder als Großmacht auferstehen, befeuert einen grimmigen und militanten Nationalismus, der jetzt auf beiden Seiten dominiert.

Der heldenhafte Verteidigungskrieg der Ukraine wird zu Recht bewundert. Aber dieser kompromisslose Selbstbehauptungswille ist zugleich die Achillesferse der Ukraine für eine

zukünftige Friedensordnung. Kiews Kompromisslosigkeit erschwert eine Verhandlungslösung, die allen Seiten Kompromisse abverlangen würde.

Das bislang gemeinsame Ziel der Ukraine und des Westens auf Sieg über Russland erscheint immer fragwürdiger. Durchhalteparolen sind aber kein Ersatz für Strategie und Diplomatie. Den Krieg nur durch Waffen, Hilfe und Sanktionen zu unterstützen mag moralisch befriedigen und innenpolitisch populär sein. Aber dadurch wird nichts gewonnen, vielmehr werden die Ukrainer dem Horror des Krieges weiter ausgesetzt.

Nichts wäre schlimmer als die gegenwärtige Eskalation nur weiter durch Waffenlieferungen zu fördern und darauf zu hoffen, dass Putins Russland zusammenbricht. In Wirklichkeit wird mit dieser Haltung die weitere Eskalation des Krieges, sowie Zerstörung oder gar der Zusammenbruch der Ukraine riskiert.

Auch der Ukraine den Weg in die Nato und in die EU zu eröffnen ist allenfalls dazu geeignet, russische Aggressivität nur noch zu steigern. Die Stimmen in Russland, die diesen Krieg als existentielle Auseinandersetzung mit dem Westen interpretieren und entsprechend verschärfen wollen, werden dadurch nur an Zuspruch gewinnen.

Es fehlt also eine politische Strategie und diplomatische Initiative, um ein Ende des Leidens herbeizuführen und gleichzeitig der Ukraine Sicherheit vor einem neuen russischen Angriff zu garantieren.

Selbst wenn der eher unwahrscheinliche Fall eintreten würde, dass Russland besiegt würde und sich dann im Zuge eines Diktatfriedens völlig aus der Ukraine zurückziehen müsste, wäre das Ergebnis Revanche. Russland würde bei der nächstbesten Gelegenheit erneut die Ukraine angreifen.

Deshalb muss ein Verhandlungsfrieden Russland auch perspektivisch wieder einen Platz in einer europäischen Friedensordnung einräumen, der russischen Revanchismus unmöglich macht.

Das bedeutet auch, dass Kiew auf einen totalen Sieg verzichten und gleichzeitig anerkennen muss, dass es zukünftig nur Seite an Seite mit Russland Frieden und Ausgleich finden kann. Es ist moralisch gesehen eine fürchterliche Zumutung für die Ukraine, dem brutalen Angreifer nun verhandlungspolitisch entgegenkommen zu müssen. Aber die Geschichte zeigt, dass nur Zwang zum Kompromiss erneuten Waffengang erschweren oder gar verhindern kann.

Vor diesem Hintergrund sollte auf Putin und auf Selenskyj Druck ausgeübt werden, direkte Gespräche über Waffenstillstand und Frieden zu führen. Eine Voraussetzung für Friedensverhandlungen wäre ein neutraler Status der Ukraine, der dem Land militärische Sicherheit und politische Offenheit nach Westen und nach Osten garantieren müsste, also eine Art Österreich- oder Finnland-Lösung.

Was der ukrainische Traum vom Sieg bedeutet

Der ukrainische Traum vom Sieg über Russland und die vollständige Rückeroberung der besetzten Gebiete **gleich in Wirklichkeit einem Albtraum, der auf Jahrzehnte eine Revanche Russlands und wieder Krieg bedeuten würde.**

Deshalb muss der Westen, müssen vor allem die USA eine kompromissfähige Verhandlungsinitiative ergreifen. Dieser Vorschlag ist moralisch gesehen zweifelhaft. Warum soll der Überfallene dem der Aggressor, der das Recht zum Krieg missbraucht hat und der das Kriegerrecht mit Füßen tritt, entgegenkommen?

Es gibt nur einen Grund, um Verhandlungen zu befürworten: **wenn Verwüstung des Landes, Tod und Verzweiflung der Menschen** jegliche moralische Proportionalität übersteigen, dann erscheint die Forderung nach Fortsetzung der Gewalt nicht nur tapfer, sondern politisch und vielleicht auch moralisch fragwürdig, so der Völkerrechtler Reinhard Merkel.

Verhandeln bedeutet ja nicht kapitulieren! Deshalb sollte der Westen seine Waffen nicht mehr bedingungslos an die Ukraine liefern. Die Waffen sollten vielmehr dem Ziel dienen, die Ukraine militärisch in eine starke Verhandlungsposition zu versetzen. **Es kann nicht mehr alleine Sache der Ukraine bleiben, ob sie verhandeln wollen oder nicht, wenn außerdem in den Krieg und seinen möglichen Folgen ganz Europa involviert ist.**

Deshalb müssen die Waffenlieferungen an Konditionen gebunden werden. Nur wenn Kiew Verhandlungen aufnimmt, sollten sie weiter geliefert werden, **nicht um zu siegen**, sondern eine Position der Stärke zu garantieren, damit Kiew selbstbewusst, aber auch kompromissbereit verhandeln kann.

Wie könnte Eckpunkte für Verhandlungen aussehen?

- Russland muss verdeutlicht werden, dass es diesen Krieg nicht gewinnen kann, weil der Westen mit weiteren Waffenlieferungen eine Niederlage der Ukraine verhindern wird. Putin muss also mittelfristig damit rechnen, dass Russland wirtschaftlich und gesellschaftspolitisch ausblutet. Er muss dann auch einkalkulieren, dass sein Regime kollabiert, dass Russland zum Paria und zum Bittsteller in China herabsinkt.
- Die russischen Truppen müssen sich auf die Grenzen unmittelbar vor Ausbruch des Krieges zurückziehen. Beide Seiten müssten sich darauf verständigen, dass die territorialen Fragen mit dem Willen zum Kompromiss behandelt werden. Da direkte Verhandlungen hier besonders problematisch sind, müssten Mediatoren vermitteln. Das könnte die Uno, oder auch andere Institutionen oder auch vermittelnde Staaten oder Persönlichkeiten sein.
- **Russland müsste territoriale Integrität und Souveränität garantiert werden und eine Rückkehr in die europäische Friedensordnung.** Die Vision von Gorbatschow, einem gemeinsamen europäischen Haus, bislang von Russland und dem Westen abgelehnt, könnte ein Wegweiser sein.

- Der Westen respektiert die russische Regierung, vorausgesetzt, dass diese die UN-Charta, internationales Recht und Russlands vertragliche Verpflichtungen einhält bzw. wieder anerkennt.
- In dem Umfang, in dem Russland zu den Gesetzen und Regeln gut nachbarschaftlichen Verhaltens zurückkehrt, werden die Sanktionen erleichtert und eingestellt, nachdem Russland seine Truppen zurückzieht und eine Demilitarisierung einsetzt.
- Die Krim ist das territoriale Hauptproblem einer Friedenslösung zwischen der Ukraine und Russland. Die Ukraine und Russland sollten diese Frage bestenfalls vorerst ausklammern, um zu einem Waffenstillstand und Verhandlungen zu kommen. Die Krim könnte dann Gegenstand zukünftiger Verhandlungen werden.

Der Westen kann nicht nur mit Druck Russland zum Einlenken bringen, sondern muss Anreize bieten. So schwer es moralisch fällt, aber internationale Legitimation der russischen Führung und eine **Begegnung auf Augenhöhe ist unverzichtbare Voraussetzung für eine erfolgreiche Verhandlungsführung mit Russland**. Deren Vertreter aus Militär und Politik werden nur an den Verhandlungstisch kommen, wenn sie wissen, dass sie nicht vor das Haager Kriegstribunal landen, sondern als legitime Vertreter Russland erscheinen.

"**Gerechtigkeit oder Ordnung?**" lautet die Schlüsselfrage. Sie kann nicht für alle Seiten befriedigend beantwortet werden. So wünschenswert der Ruf nach Gerechtigkeit sein mag, vor allem nach der brutaler Kriegsführung, **aber das Ordnungsprinzip ist langfristig bedeutsamer**.

Ordnung ist ein höheres Gut in der Weltpolitik als Gerechtigkeit. Denn auf der anderen Seite abseits von Ordnung lauert Anarchie.

Ein Blick auf Afghanistan, den Irak, Syrien oder Libyen erinnert uns daran, dass der Westen hochmütig Diktaturen stürzen und Demokratie exportieren wollte, mit dem Ergebnis: **Anarchie!**

Die **USA sind nicht mehr das vorbildliche Arsenal für Demokratie** unter der Führung von Präsident Franklin D. Roosevelt, **sondern eine absteigende Macht, die im Niedergang, um so rücksichtsloser ihre Vormachtstellung zu sichern sucht**.

Zum Hauptgegner ist die Volksrepublik China avanciert, die – wie keine zweite Macht in der modernen Geschichte – den USA nicht nur auf Augenhöhe begegnet, sondern selbstbewusst herausfordert.

China ist heute zum **Arsenal der Autokratie avanciert**. Auch deshalb ist zu bezweifeln, ob China als ideologischer Partner Russlands im Kampf gegen die USA eine Niederlage Russlands im Krieg hinnehmen würde.

Folglich erscheint ein besiegtes Russland schwer vorstellbar, steht aber im Wunschkatalog des Westens weiter ganz oben, **obgleich Niederlage, Sturz des Regimes und Auflösung der Russischen Föderation die Folge sein könnte – ein Albtraum**. Anarchie in bislang unbekannter Größenordnung wäre nicht auszuschließen.

Eine gerechte Ordnung bleibt Illusion. Aber eine **ungerechte Ordnung ist der Anarchie** oder der **Wiederkehr eines revanchistischen Krieges** allemal zu bevorzugen. Deshalb sollten sich alle Beteiligten des Krieges in der Ukraine auf eine europäische Friedensordnung einigen, in der auch Russland seinen Platz findet. **Nur so wird dauerhafter Frieden und Ausgleich möglich sein.**

Auch eine **Rückkehr zur Anerkennung der Prinzipien des westfälischen Friedens** wären wünschenswert. Die außenpolitischen Probleme wurden nicht zuletzt dadurch verschärft, dass der Westen wie auch Russland **die Prinzipien Nichteinmischung und staatliche Souveränität sträflich missachtet haben.**

Die außenpolitischen Konflikte zwischen Demokratien und Diktaturen sind schwierig genug. Es ist deshalb unsinnig, dass diese durch die Einmischung in die inneren Angelegenheiten weiter verschärft werden! Hier ist Abkehr gefordert. Größeres Verständnis für Kultur und Geschichte anderer Länder wäre hilfreicher, statt moralisierender Selbstgerechtigkeit!

Leider haben **Einflusssphären** in einer moralisiert aufgeladenen Diskussion heute einen schlechten Klang. Zu Unrecht, denn sie sind unausgesprochen **der Garant für Frieden**, solange wechselseitig **stillschweigendes Übereinkommen über die jeweiligen Interessensphären herrscht und diese auch wechselseitig respektiert werden.**

Der außenpolitisch neutrale Status der Ukraine wäre die bestmögliche Kompromisslösung, um den Konflikt beider Seiten, um Einflusssphären beizulegen.

Im Übrigen stellt sich die Frage, welche **vitalen nationalen Interessen für die USA 8.000 Kilometer entfernt, in der Ukraine auf dem Spiel stehen?**

Oder haben sie nicht schon lange vor dem Krieg den Konflikt geschürt, weil sie angesichts eigener hegemonialer Interessen **vitale russische Sicherheitsinteressen über Gebühr strapaziert haben?**

Henry Kissinger erinnert berechtigterweise daran, dass die beiden Weltkriege des vergangenen Jahrhunderts regionale Vorläufer hatten wie die Kriege vor 1914 auf dem Balkan, 1936 in Abessinien und in Spanien sowie Japans Angriffskriege in Asien.

Man soll die Geschichte nicht überstrapazieren, aber die Kriege auf dem Balkan in den Neunzigerjahren und jetzt der Krieg in und um die Ukraine könnten eines Tages retrospektiv als **Vorboten für weltpolitische Verwerfungen angesehen werden**, zumal die **Eskalationsspirale zwischen den USA und China nichts Gutes verheißt.** Auch nicht für Deutschland und Europa.

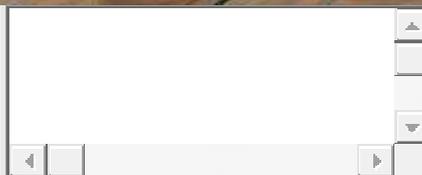
Und wer erinnert noch daran, dass auch die neuen globalen Probleme nur durch **Kooperation zwischen Demokratien und Autoritären** gelöst werden können!

Die verhandlungspolitische Beilegung des Ukraine-Krieges erscheint also unabdingbar, weil bei Fortsetzung und Eskalation weit mehr auf dem Spiel steht: **Europas Schicksal und das Schicksal der Welt.**

Moskau will Sicherheitsgarantie: Nato und USA beantworten Russlands Forderung

Datum: 26.01.2022 23:20 Uhr

In der **Ukraine-Krise fordert Russland Sicherheitsgarantien von Nato und USA. Nun haben sie Antworten übermittelt. Bei den Verhandlungen in Paris gab es keinen Fortschritt.**



Dass die USA und die NATO die Hauptanliegen Russlands - keine Erweiterung der NATO und Rückzug aus Osteuropa - zurückweisen würden, dürfte Moskau nicht überrascht haben, sagt Anne Gellinek, ZDF-Korrespondentin in Brüssel.

Nach langem Drängen Moskaus haben die Nato und die USA im Konflikt um die Ukraine auf Forderungen Moskaus nach Garantien für die Sicherheit in Europa geantwortet. Die schriftlichen Antworten der US-Regierung auf die Sorgen Russlands sind nach den Worten von US-Außenminister Antony Blinken vollständig mit der Ukraine und den europäischen Verbündeten abgestimmt.

"Wir haben ihren Input eingeholt und in die endgültige Fassung, die Moskau übermittelt wurde, eingearbeitet", sagte Blinken am Mittwoch. Das russische Außenministerium bestätigte den Erhalt des US-Schreibens. Zu den Inhalten wurde zunächst nichts bekannt.



Vertreter Russlands und der Ukraine sowie Frankreichs und Deutschlands haben sich zum ersten Mal seit mehr als zwei Jahren im Rahmen des sogenannten Normandie-Formats getroffen. Berlin und Paris vermitteln in dem bald acht Jahre andauernden Konflikt.

Verhandlungen in Paris ohne Ergebnisse

Im Ukraine-Konflikt kamen zudem Spitzendiplomaten in Paris zu Verhandlungen über eine Lösung der Krise zusammen. Die mehr als achtstündigen Gespräche blieben jedoch ohne konkrete Ergebnisse. Betont wurde eine angestrebte Festigung der Waffenruhe.

Nach den Aussagen des Generalsekretärs der Allianz und des US-Außenministers wurden die Sicherheitsbedenken Russlands nicht berücksichtigt.

Leonid Sluzki, Außenpolitiker und Duma-Abgeordneter

Die Nato bot Russland Verhandlungen über eine Verbesserung der Beziehungen an, **will allerdings nicht auf Moskaus Forderungen nach einem Stopp der Osterweiterung eingehen.**

"Wir sind bereit, uns die Sorgen Russlands anzuhören und eine echte Diskussion darüber zu führen, wie wir die fundamentalen Prinzipien der europäischen Sicherheit (...) bewahren und stärken können", sagte Generalsekretär Jens Stoltenberg. Dazu gehöre aber auch das Recht aller Staaten, selbst über ihren Weg zu entscheiden.

Nach Angaben von Stoltenberg hat die Nato der russischen Regierung am Mittwoch konkret vorgeschlagen, die nach einem Spionage-Streit geschlossenen Vertretungen in Moskau und Brüssel wieder zu öffnen.



Im Ukraine-Konflikt hat Russland Sicherheitsgarantien gefordert. Wie die NATO darauf reagierte, wissen die ZDF-Korrespondenten Elmar Theveßen und Axel Storm.

Welche Forderungen hat Russland?

Russland hatte der Nato und den USA im vergangenen Monat den Entwurf einer Vereinbarung übergeben, in der der Kreml Sicherheitsgarantien in Europa verlangt. Unter anderem wird darin ein Ende der Nato-Osterweiterung gefordert, durch die sich Russland bedroht sieht. Insbesondere will der Kreml eine Aufnahme der Ukraine in das westliche Verteidigungsbündnis verhindern.

Die USA und die Nato verdächtigen den russischen Präsidenten Wladimir Putin wiederum, einen Einmarsch in die benachbarte Ukraine zu planen. Der Kreml weist das zurück. US-Außenminister Anthony Blinken betonte erneut den Grundsatz, dass Staaten wie die Ukraine in der Wahl ihrer Bündnispartner frei seien.

US-Außenminister von deutscher Solidarität "absolut überzeugt"

Blinken zeigte sich im Ukraine-Konflikt von der deutschen Solidarität "absolut überzeugt".

Ich sehe eine sehr starke Solidarität in Bezug auf die Konsequenzen, die auf Russland zukommen werden, wenn es seine Aggression gegen die Ukraine erneuert, und zwar auf der ganzen Linie. Und das schließt Deutschland ein.

Anthony Blinken, US-Außenminister

Blinken reagierte damit auf die Frage nach Kritik an Deutschlands Plan, 5.000 Militärhelme in die Ukraine zu liefern. Die Helme seien ein "ganz deutliches Signal: Wir stehen an Eurer Seite", sagte Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD). Der Ukraine, die Waffenlieferungen im großen Stil für die Verteidigung gegen einen möglichen russischen

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

Angriff gefordert hatte, reicht das aber bei weitem nicht aus. Der Botschafter in Berlin, Andrij Melnyk, sprach von einem "Tropfen auf dem heißen Stein". Auch in Moskau werden angesichts der zunehmenden Eskalation im Ukraine-Konflikt Waffenlieferungen diskutiert - an die prorussischen Separatisten in der Ostukraine. Die Kremlpartei Geeintes Russland schlug vor, die abtrünnigen Gebiete in Luhansk und Donezk offiziell mit Militärgütern zu versorgen.

[USA: Wie die Außenpolitik-Eliten jeden Kontakt zu ihren Bürgern verlieren | Telepolis](#)

USA: Wie die Außenpolitik-Eliten jeden Kontakt zu ihren Bürgern verlieren

13. Januar 2023 Kelley Beaucar Vlahos



Außenpolitik-Talk mit Anne Applebaum, Christine Amanpour, Eliot Cohen auf CNN.
Bild: CNN Screenshot

Die Zustimmung der Amerikaner zu einer Fortsetzung des Ukraine-Kriegs bröckelt. Das Establishment in Washington erklärt ihre Meinung aber für irrelevant. Nicht zum ersten Mal, wie ein Blick auf Vietnam, Afghanistan und Irak zeigt.

Was hält man in Washington wirklich von der öffentlichen Meinung in den USA?

Seit Jahren versucht das Establishment des Politikbetriebs, die sogenannten Beltway-Insider in Washington, verzweifelt, die Vorstellung zu widerlegen, dass es sich bei ihren Vertretern tatsächlich um Eliten handelt: ohne Bezug zu dem, was normale Amerikaner wollen und

benötigen, während sie als Sklaven der konventionellen außenpolitischen Lehre und Dogmen agieren.

Aber es sind wieder Kriegszeiten, und da fallen die Masken. Es begann mit einem Strom von Artikeln der politischen Analysten Eliot Cohens und Anne Applebaums im Zuge der russischen Invasion, in denen sie fordern, dass die Amerikaner den Krieg in der Ukraine als unseren Kampf ansehen, als Kampf für die Demokratie und die liberale Weltordnung. Wenn die Amerikaner dafür nicht bereit seien, dann stimme etwas nicht mit ihnen, dann hätten sie moralisch versagt.



Kelley Beaucar Vlahos ist Senior Advisor am Quincy Institute und Redaktionsleiterin von Responsible Statecraft.

Dieses ungeschickte Agieren passt zu den Taktiken der Neokonservativen, denn sie haben dasselbe im globalen "Krieg gegen den Terror" versucht und in hohem Maße dazu beigetragen, dass der Irak-Krieg fast ein Jahrzehnt und der in Afghanistan volle 20 Jahre lang andauerte.

Neben der Zerstörung zweier Länder, Billionen von verschleuderten Dollar, einer massiven Flüchtlingskrise, einer neuen Generation von US-Kriegsveteranen, die lebenslang auf Hilfe angewiesen ist, und unzähligen Toten sowie Verwundeten sind diese "Eliten" zu einem großen Teil für das Misstrauen gegenüber Washington verantwortlich, das die Kultur und Politik hierzulande bis ins Mark zerfressen hat.

Eine Umfrage nach der anderen zeigt, dass das Vertrauen in die amerikanischen Institutionen, einschließlich des einst gepriesenen Militärs, immer mehr schwindet. Das ist es, was ein Krieg, der auf Lügen, Verzerrungen und rhetorischem Mobbing basiert, in einer bereits angespannten und gespaltenen Gesellschaft anrichten wird.

Hinzu kommt der finanzielle Zusammenbruch von 2008, dem die US-Regierung mit einer beispiellosen Bankenrettung begegnete, während Hausbesitzer und Arbeiter ums Überleben kämpften. Das bildet die Grundlage für großen populistischen Bewegungen – auf der Linken wie auf der Rechten.

Der Aufstieg von Bernie Sanders und Donald Trump wurde zum Teil durch die anhaltende Skepsis gegenüber den laufenden Kriegen und den Eliten an der Spitze der US-Außenpolitik begünstigt. Diese Politik wird zunehmend als eigennützig und abgekoppelt von den amerikanischen Interessen wahrgenommen.

Man sollte meinen, dass die Eliten ihre Lektion gelernt hätten.

Aber der Krieg in der Ukraine hat die Ignoranz wiederbelebt. Erneut werden die Ansichten und Bedürfnisse der amerikanischen Öffentlichkeit beiseite geschoben, während man die Bürger bevormundet. Ein Kommentar von Gian Gentile und Raphael S. Cohen, der letzte stellvertretende Direktor der Army Research Division der Rand Corporation bzw. des Air Force Strategy and Doctrine Program, sagt alles.

Der Artikel mit dem Titel "The Myth of America's Ukraine Fatigue" richtet sich eindeutig an das Beltway-Establishment in Washington. Er propagiert zugleich, dass man sich **nicht um Umfragen** oder gar die öffentliche Meinung in den USA kümmern sollte. Der **lange Krieg der Ukraine** (und in der Tat auch Washingtons) **werde weitergehen, egal was der hoi polloi, das gemeine Volk denkt oder fühlt, so die Botschaft.**

Im Krieg ist es aus rein politischer Sicht für Politiker in der Regel sicherer, den Kurs beizubehalten. Vielleicht ist das der Grund dafür, dass die Demokratien in bewaffneten Konflikten ziemlich gut darin sind, auch länger zu kämpfen. Von den antiken Athenern während des Peloponnesischen Krieges bis zum heutigen Tag waren Demokratien in der Regel nicht die Wankelmütigen, verschrumpelte Veilchen, wie sie von ihren Gegnern gerne dargestellt werden. In den Vereinigten Staaten **waren die Kriege in Korea, Vietnam, Irak und Afghanistan letztlich allesamt äußerst unpopulär. Dennoch kämpften die USA drei Jahre lang in Korea, fast neun Jahre lang im Irak (bevor sie sich nach dem anfänglichen Rückzug wieder zurückzogen) und fast 20 Jahre lang sowohl in Vietnam als auch in Afghanistan.** In all diese Kampagnen wurde wesentlich mehr amerikanisches Blut und Vermögen investiert, als es das Engagement der USA in der Ukraine bisher erfordert hat.

Die Autoren beziehen sich auf eine Reihe aktueller Umfragen, die zeigen, dass die bedingungslose **Unterstützung der Amerikaner für die Ukraine gegen die russische Invasion an ihre Grenzen stößt und in einigen Fällen sogar schwächer wird.**

Amerikaner sind zunehmend gegen langen Krieg und für Verhandlungen

Cohen und Gentile sagen nun, dass die Amerikaner die ukrainische Souveränität und den Kampf dafür unterstützen. Das ist absolut richtig. Was die Autoren **aber verschweigen**, ist, dass die Umfragen darauf hindeuten, dass **die Bevölkerung besorgt ist über einen sich lange hinziehenden Krieg, der zu mehr Toten und einer direkten Konfrontation der USA mit den Russen führen könnte.**

Die US-Bürger sind auch **relativ wenig begeistert** darüber, die Ukraine zu unterstützen, "solange es nötig ist". Und sie sind **mehr und mehr an Verhandlungen interessiert, um den Krieg so früh wie möglich zu beenden, selbst wenn das letztlich Zugeständnisse für beide Seiten bedeutet.**

Anstatt die Nuancen zu erkennen und den Amerikanern Anerkennung dafür zu zollen, dass sie die Auswirkungen eines weiteren langen Krieges berücksichtigen (unabhängig davon, ob die USA direkt vor Ort involviert sind oder nicht), beschuldigen die Autoren die Medien, die ihrer

Meinung nach die negativen Botschaften der Umfragen aufbauen würden. Außerdem weisen sie darauf hin, dass – unter Verweis auf Vietnam und unsere jüngsten Kriege – die Konflikte weitergehen werden (und aus ihrer Sicht zu Recht), egal wie die öffentliche Meinung ist.

In Hinsicht auf Konflikte in der Vergangenheit und unter der Maßgabe, dass sich die gegenwärtigen Trends fortsetzen, könnte es Jahre dauern, bis eine abnehmende Unterstützung der amerikanischen Öffentlichkeit tatsächlich zu einer Änderung der Politik führt,

... so die Autoren. Cohen und Gentile (ähnlich wie ihre Kollegen in der Ära des Irak- und Afghanistankrieges) setzen dabei diejenigen herab, die das "Narrativ der Ukraine-Müdigkeit verstärken". Sie packen die "Schlechtredner" in übersichtliche Kategorien: 1) "America First"-Republikaner, die sich lieber auf innenpolitische Themen konzentrieren, 2) "reflexartige" Antikriegsaktivisten auf der Linken und 3) diejenigen, die "vielleicht wirklich mit den russischen Argumenten sympathisieren", dass die Amerikaner des Krieges überdrüssig werden.

In der Zwischenzeit "glauben einige Amerikaner vielleicht wirklich, dass sie einen höheren Preis für den Konflikt zahlen, als es tatsächlich der Fall ist, aber das basiert in erster Linie auf Wahrnehmungen und nicht auf Fakten".

Das stimmt. Das ist genau das, was Fred Kagan, der Neokonservative vom American Enterprise Institute, der an der Ausarbeitung des Irak-Kriegsplans beteiligt war, 2008 in einem langen Artikel für das Magazin *National Review* mit dem Titel "Why Iraq matters: Talking back to anti-war party talking points" sagte, indem folgende alberne Plattitüde verwendete:

Die Amerikaner haben das Recht, des Konflikts überdrüssig zu sein und ihn zu Ende bringen zu wollen. Doch bevor wir den falschen aber bequemen dem richtigen aber steinigem Weg vorziehen, sollten wir die beiden Kernannahmen, die den aktuellen Antikriegsargumenten zugrunde liegen, genauer untersuchen: dass wir diesen Krieg verlieren, weil wir ihn um keinen akzeptablen Preis gewinnen können, und dass es besser ist, zu verlieren, als weiter zu versuchen, zu gewinnen.

Die Ironie dabei: Oberst Gian Gentile war damals einer der wenigen Mutigen im aktiven Militärdienst, die sich offen gegen Fred Kagans "Truppenverstärkung" und den Wahn der Aufstandsbekämpfung aussprachen, die zu jener Zeit vorherrschten. Er war ein scharfer Kritiker von Washingtons übertriebener Kriegs-PR und selektiver Geschichtsverdrehung. Es ist verwunderlich, dass Gentile jetzt die Auswirkungen der öffentlichen Meinung auf die gegenwärtigen Kriege simplifiziert – und unterstellt, sie seien relativ unwichtig –, während er extrem schwache Argumente für ein "Weitermachen wie bisher" liefert.

Die Führer der freien Welt müssen ihre Öffentlichkeit daran erinnern, was in der Ukraine auf dem Spiel steht – nicht nur für die europäische und globale Sicherheit, sondern für die Demokratie im Allgemeinen,

... ruft Gentile in seinem jüngsten, gemeinsam mit Cohen verfassten Meinungsartikel aus.

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

Und das von einem Historiker, der in seinem 2013 erschienenen Buch "[America's Deadly Embrace of Counter-Insurgency](#)" nicht nur gegen die Mythen von Irak und Afghanistan angegangen ist, sondern auch die Parolen der US-Aufstandsbekämpfung in Vietnam und den "Erfolg" des britischen Militärs in Malaya (1948-60) auseinander genommen hat.

Gentiles Kommentar zum "Mythos der Ukraine-Müdigkeit" ist elitäres Denken, das sich angesichts der jüngsten Umfragen wie eine Aufmunterung fürs Washington-Establishment liest. Für alle anderen zeigt er, dass dieselben Leute, die während des Irak-Kriegs nicht wollten, dass normale Amerikaner über Außenpolitik nachdenken, immer noch am Drücker sind, ob sie sich nun "Eliten" nennen oder nicht.

*Der Artikel erscheint in Kooperation mit dem US-Magazin [Responsible Statecraft](#).
Übersetzung: David Goetzmann.*

[Die Auflösung der Nato fordern? Jetzt? Darf man das? | Telepolis](#)

Die Auflösung der Nato fordern? Jetzt? Darf man das?

04. Januar 2023 Harald Neuber



Ukraine? Nein, Novi Sad an der Donau während Nato-Angriffen 1999. (Bildquelle)

Themen des Tages: Im Rheinischen Kohlrevier kommt es zum Showdown. In Berlin will man russische Vermögen kassieren. Und im Journalismus darf man die Kontroverse nicht scheuen.

Liebe Leserinnen und Leser,

1. Das nordrhein-westfälische Lützerath wird geräumt.
2. Russische Vermögen werden für die Ukraine eingezogen.
3. [Telepolis](#) zur Kritik an Nato-Kritik. Debattenbreite und Journalismus.

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4
Doch der Reihe nach.

Rheinische Dörfer räumen

Mit dem [Kampf um das entvölkerte Dorf Lützerath im Rheinischen Kohlerevier](#) befasst sich heute *Telepolis*-Autor Wolfgang Pomrehn. Die Polizei habe begonnen, "Vorbereitungsmaßnahmen für die anstehende Räumung und den Rückbau von Lützerath zu ertüchtigen". Es seien Barrikaden von der Zufahrtsstraße geräumt worden. Pomrehn weiter:

Das Bündnis "Alle Dörfer bleiben" äußert zudem Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Allgemeinverfügung des Kreis Heinsberg zur Räumung von Lützerath. Diese fuße auf einem möglicherweise nicht verfassungsmäßigen Bundesgesetz, heißt es in einer Pressemitteilung. Konkret geht es um den Paragraph 48 im Gesetz zur Reduzierung und zur Beendigung der Kohleverstromung, der die energiepolitische und energiewirtschaftliche Notwendigkeit des Tagebaus Garzweiler II festlegt.

Russisches Geld beschlagnahmen

Das Ende des Krieges in der Ukraine liege noch in der Ferne, doch in den westlichen Staaten diskutiere man bereits seit Längerem über den Wiederaufbau des verwüsteten Landes, schreibt heute *Telepolis*-Autor Bernd Müller: "Wie der Finanzdienst Bloomberg am Dienstag mitteilte, ist die deutsche Bundesregierung offen dafür, eingefrorene russische Vermögenswerte zu diesem Zweck zu verwenden – wenn die rechtlichen Fragen geklärt sind und die Verbündeten dem Beispiel folgen.

Doch die Positionen in der Bundesregierung gehen dem Bericht zufolge deutlich auseinander, von "internen Spannungen" ist die Rede. Der Grund dafür ist: Das Thema ist komplex, und vor allem die Grünen drängen mit besonderem Eifer auf einen harten Umgang mit Russland – offenbar auch, ohne die Folgen groß zu bedenken.

Weltwirtschaft umkrepeln

Eine kürzlich erschienene Analyse der US-amerikanischen Investmentbank Morgan Stanley "Indias Impending Economic Boom" (Der kommende wirtschaftliche Aufschwung in Indiens) ist begeistert auf dem Subkontinent aufgenommen worden – insbesondere von der an den USA orientierten Wirtschaftselite, schreibt *Telepolis*-Autor Uwe Kerkow.

So berichtete die *Times of India*, dass demnach mehr als eine Verdoppelung des indischen Bruttonationaleinkommens von derzeit 3,5 auf dann 7,5 Billionen US-Dollar noch in diesem Jahrzehnt möglich sei. Das würde Indien zur drittgrößten Wirtschaft der Welt machen – nach den USA und China und vor Japan und Deutschland.

Allerdings müsste die indische Volkswirtschaft dafür ununterbrochen mindestens im aktuellen rasanten Tempo (6,9 Prozent) weiterwachsen. In den letzten zehn Jahren hat das Wirtschaftswachstum durchschnittlich - immer noch sehr solide - 5,5 Prozent betragen.

Warum wir zu einem Nato-kritischen Artikel stehen

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

Mitten im Krieg Russlands gegen die Ukraine die Auflösung der Nato fordern – darf man das? Ein entsprechender [Kommentar der britischen Aktivistin Kate Hudson](#) hat Ende Dezember bei *Telepolis* für einige Leserzuschriften gesorgt. Eine "schlecht fundierte Meinung" sah ein Leser etwa; er attestierte Frau Hudson, "katastrophal falsch" zu liegen und AfD-nahe Positionen einzunehmen.

Wir haben diese Reaktionen mit Interesse wahrgenommen. Sie sind allerdings nicht neu. Seit Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine haben es friedenspolitische Positionen schwer. Zugleich kommt **die Kritik an westlichen Akteuren, die zur Eskalation beigetragen haben**, keinesfalls nur von illusionären Kleingruppen, **sondern von etablierten Diplomaten und Sicherheitspolitikern**. Sie können sich oft aber erst aus der Deckung wagen, wenn sie emeritiert oder außer Dienst sind. Hier ein Beispiel, diese Woche folgt auf *Telepolis* ein weiterer Beitrag des ehemaligen deutschen OSZE-Diplomaten Michael von der Schulenburg.

Hudson jedenfalls verwies auf **die Genese des Konfliktes** und trat der weit verbreiteten Meinung entgegen, die Nato biete so etwas wie ein Gegengewicht zu Russland und anderen Bösewichten. Sie erklärte, wie **das Konzept der "Out-of-area"-Einsätze am 1999 dazu beigetragen hat**. Sie führte aus, wie die Nato als atomare Militärallianz eben nicht zur nuklearen Abrüstung, sondern **zur Aufrüstung beigetragen hat, globale Konflikte ohne Not anzuheizen**. Die Autorin legte dar, wie **der Nordatlantiktakt die nächsten Konflikte mit China schürt**.

Zwei Beobachtungen scheinen an dieser Stelle wichtig. Zum einen ist der Verweis auf "AfD-Positionen" typisch deutsch. Was sollten Hudson und US-Vertreter etwa mit den deutschen Rechtsoppositionellen zu tun haben? Der Vergleich lässt eher einen **beschränkten deutschen Erfahrungs-, Verständnis- und Interpretationshorizont** erkennen. **Ein pauschales Abwerten unter bewusster Ausblendung jedweder Argumente**. In Corona-Zeiten hieß das gerne "Geschwurbel". **Hauptsache, nicht mit Argumenten befassen**.

Zum anderen läuft die mediale und **politische Debatte über den Ukraine-Krieg im angloamerikanischen Raum weit offener und pluralistischer als in Deutschland**. Hudsons Positionen werden auch im politischen Mainstream in den USA breit geteilt, merkte *Telepolis*-Redakteur David Goeßmann an, der den Text geprüft hat.

Die Einschätzung werde etwa von führenden Diplomaten und Außenpolitikern geteilt. Der ehemalige US-Gesandte in der Sowjetunion **Jack F. Matlock Jr. und der ehemalige Außenminister Henry Kissinger warnten vor der Nato-Erweiterung und der Inklusion der Ukraine**.

George Kennans Reaktion (er war einflussreicher US-Diplomat, sein Name ist u.a. verbunden mit Marshallplan und Containment-Politik) auf die Ratifizierung der Nato-Osterweiterung durch den US-Senat im Jahr 1998, die bis an die Grenzen Russlands heranreichte, lautete: **"Ich glaube, das ist der Beginn eines neuen Kalten Krieges (...) Ich denke, die Russen werden allmählich ziemlich ablehnend reagieren (...) Ich denke, es ist ein tragischer Fehler. Es gab keinen Grund für die Erweiterung (...). Natürlich wird es eine schädliche Reaktion aus Russland geben, und dann werden [die Nato-Erweiterer]**

sagen, wir haben euch immer gesagt, dass die Russen so sind – aber das ist einfach falsch."

David Goetzmann zur Debatte

Viele namhafte Analysten in den USA hätten Washington immer wieder eindringlich davor gewarnt, dass es leichtsinnig und unnötig provokativ sei, die von Russland geäußerten Sicherheitsbedenken zu ignorieren, darunter der derzeitige CIA-Direktor William Burns und sein Vorgänger Stansfield Turner, sogar Falken wie Paul Nitze, eigentlich fast das gesamte diplomatische Korps in den Vereinigten Staaten, das sich mit Russland auskennt.

Journalistisch war der Text, der zuerst in unserem Partnermagazin "Welttrends" erschienen ist, auf Basis üblicher Fragen geprüft: Argumentiert die Autorin sauber? Ja, offensichtlich. Ist ihre Position relevant? Ja, denn Hudson ist Generalsekretärin der Kampagne für Nukleare Abrüstung (UK) und Vorstandsmitglied des Internationalen Friedensbüros. Rechtfertigt sie den russischen Krieg? Nein, sie schreibt unmissverständlich, Russland habe den Krieg vom Zaun gebrochen.

Klar, Hudsons Position ist kontrovers. Man könnte auch regierungsfinanzierten Lobbyisten wie dem ehemaligen Grünen-Politiker Ralf Fücks Platz für eine De-facto-Kolumne bieten, ohne seine Interessenkonflikte offenzulegen, wie dies ein großes deutsches Nachrichtenmagazin macht. Das wäre weniger kontrovers. Aber eben auch weniger journalistisch.

Artikel	zum	Thema:
Kate Hudson: Wann, wenn nicht jetzt: Warum die Nato aufgelöst werden sollte		
Bernhard Gulka: Zeitenwende	für	Russland
Harald Neuber: "Putin und Lawrow hätten vor die UNO gehen müssen"		

[Wann, wenn nicht jetzt: Warum die Nato aufgelöst werden sollte | Telepolis](#)

Wann, wenn nicht jetzt: Warum die Nato aufgelöst werden sollte

27. Dezember 2022 [Kate Hudson](#)



Bild: US Government / [Public Domain](#)

Die Nato ist eine Militärallianz mit Atomwaffen. Sie ist ein negativer Faktor, destabilisiert die Welt und nimmt nun auch China ins Visier. Das ist eine gefährliche Sackgasse. Ein Kommentar.

Weit davon entfernt, eine Kraft für Frieden und die Verteidigung der Demokratie zu sein, bleibt die Nato eine Nuklearwaffen besitzende Militärallianz, deren Agieren Krieg, globale Ungerechtigkeit, Ungleichheit und Brutalität erzeugt.

Seit dem Ende des Kalten Krieges hat die Organisation sowohl ihre Einflussphäre als auch die Reichweite ihrer Aktivitäten ausgedehnt und damit die internationalen Beziehungen destabilisiert.



Kate Hudson ist Generalsekretärin der Kampagne für Nukleare Abrüstung (UK) und Vorstandsmitglied des Internationalen Friedensbüros (IPB)

Der Krieg in der Ukraine, welcher durch Russland vom Zaun gebrochen, aber durch die Nato in vieler Hinsicht provoziert wurde, hat wiederum die Aktivitäten der Allianz in Europa bedeutend erhöht, und gleichzeitig auch zu einer gesteigerten Präsenz in der Asien-Pazifik-Region und anderen Teilen der Welt geführt.

Bitte beachten Sie zu diesem Beitrag auch den [Kommentar von Telepolis-Chefredakteur Harald Neuber](#).

Die Wahrheit ist, dass der militärische Expansionismus der Allianz die Kriegswahrscheinlichkeit erhöht, und uns alle weniger sicher macht. Am Ende des Kalten Krieges wurde der Warschauer Pakt aufgelöst, die Nato aber nicht. Anstatt ihre globale militärische Präsenz einzuschränken, waren die USA aktiv, um die von ihrem alten Rivalen aufgegebenen Positionen selbst zu füllen.

Während die Länder Osteuropas die Ökonomie des freien Marktes und Mehrparteiensysteme annahmen, zielten die USA sehr schnell darauf ab, diese Länder – darunter auch einige ehemalige Sowjetrepubliken – über die Nato auch in ihre militärische Einflussphäre zu integrieren. Diese Expansion hat zur Steigerung der internationalen Spannungen beigetragen, da Russland sich immer mehr durch Nato- und US-Militärbasen umringt sieht.

In den letzten Jahren hat die Nato diese Situation verschlimmert, indem sie der Ukraine die Nato-Mitgliedschaft in Aussicht stellte, und Militärbasen in Osteuropa errichtete. Aber die Aktivitäten der Nato beschränkten sich nicht nur auf die Expansion durch neue Mitgliedsländer.

"Out of area"-Einsätze

1999 wurde bereits ein strategisches Konzept der Nato angenommen, das die bisherige Rolle der Nordatlantischen Allianz durch die Möglichkeit von offensiven "out of area"-Einsätzen erweiterte, die überall in Eurasien stattfinden können.



Dieser Beitrag erschien zuerst in der Monatszeitschrift Welttrends.

Danach hat sich die Nato eine immer stärkere globale Rolle angemaßt, und sich oft als Kraft für humanitäre Hilfe inszeniert. Der Krieg der Allianz in Afghanistan hat 20 Jahre gedauert. Die Nato weitet ihren Einfluss auch nach Lateinamerika aus, wo Kolumbien jetzt als "Globaler Partner" auserkoren wurde.

Die Nato-Militärmaschinerie hat auch Afrika erreicht, wo Libyen 2011 zerstört wurde – mit schrecklichen Folgen. Die Allianz führte im letzten Jahrzehnt schon Operationen am Horn von Afrika aus, und versucht nun durch Kooperationen mit der Afrikanischen Union dort weiter Fuß zu fassen. Unlängst wurde sogar der Weltraum zu einer Operationssphäre für die Allianz erklärt – man greift sogar nach den Sternen.

Die atomare Militärallianz

Die Nato ist eine atomare Militärallianz mit drei Nuklearwaffenstaaten als Mitgliedern – den USA, Großbritannien und Frankreich.

Zusätzlich sind weiterhin rund 150 Atombomben vom Typ B61 in fünf Ländern Europas stationiert – in Belgien, den Niederlanden, Italien, Deutschland und der Türkei, und es scheint so, als ob solche Waffen künftig auch in Großbritannien gelagert werden sollen.

Die B61 sind sogenannte taktische Atomwaffen, die eingesetzt werden könnten, sollte die Nato in den Krieg in der Ukraine eingreifen. Sie haben die rund 20-fache Sprengkraft der Hiroshima-Atomwaffe. Die Konsequenzen eines Einsatzes von Waffen mit solcher Wirkung werden sich nicht auf die Ukraine begrenzen lassen.

Der Fokus auf Russland und die Rivalität mit China

Auf dem Nato-Gipfel in Madrid im Juni 2022 beschloss die Allianz abermals ein erneuertes strategisches Konzept, in dem im Kontext des Ukraine-Krieges offen **die globalen Ambitionen der Organisation formuliert** werden. Es gibt **eine Intensivierung des Fokus auf Russland und dessen "Eindämmung"**, vor allem mithilfe einer substanziellen Verstärkung der militärischen Präsenz an dessen Grenzen in Osteuropa.

Zur gleichen Zeit wird die langfristige Orientierung, die **Nordatlantische Vertragsorganisation auch am militärischen Aufmarsch gegen China zu beteiligen**, weitergeführt. Die Nato betont nunmehr zugleich die politische Dimension der Allianz, mit **Einheit und Geschlossenheit** in der Frage, wie der Westen seine **globale Dominanz in Zeiten des ökonomischen Aufstiegs von China erhalten kann**.

Die Antwort des Bündnisses ist, dass es die Volksrepublik China nun als Rivalen über alle politischen Sphären hinweg behandelt, und eben nicht nur als ökonomischen Wettbewerber. **Die Gefahr ist, dass ein solcher Expansionismus im Militärischen, der Russland schon in die Enge getrieben hat, nun auch gegen China angewendet werden soll.**

Eine solche Strategie wird nicht helfen, einen Krieg zu verhindern, sondern wird die Gefahr beinhalten, dass damit ein Krieg ausgelöst wird. Zusammen mit der um sich greifenden Militarisierung in den Gesellschaften der Nato-Staaten deuten die Beschlüsse von Madrid auf sich **vertiefende Vorbereitungen für einen großen Krieg hin** – in Europa oder sogar darüber hinaus.

Ein riesiger Werteverchwender

Die Nato ist und bleibt ein negativer Faktor – über all das Gesagte hinaus auch, weil sie ein riesiger Werteverchwender in den Gesellschaften ihrer Mitgliedstaaten ist, und ihre **Militärmaschinerie ein gigantischer CO₂-Emittent**.

Sie sollte nicht ausgedehnt, sondern aufgelöst werden: In den 1980er Jahren wurde statt des Prinzips Nato mit entscheidender Mithilfe des großen schwedischen Staatsmanns Olof Palme das Prinzip der gemeinsamen Sicherheit geboren: Dass kein Staat sicher sein kann, wenn nicht sein Nachbar denselben Grad an Sicherheit verspürt.

Wann, wenn nicht jetzt, wäre die Zeit dieses Prinzips? Europa und die Welt brauchen keine Nato und keine fortwährende Militarisierung.

Kate Hudson ist Historikerin und Autorin, Generalsekretärin der Kampagne für Nukleare Abrüstung (UK) und Vorstandsmitglied des Internationalen Friedensbüros (IPB).

["Völkerrecht nicht mehr Referenzsystem staatlichen Handelns" | Telepolis](#)

"Völkerrecht nicht mehr Referenzsystem staatlichen Handelns"

25. Dezember 2022 Harald Neuber



Bild: Fraktion Die Linke im Bundestag / CC-BY-2.0

Daniela Dahn über die die schlimmste denkbare Variante der Scholz'schen Zeitenwende. Über die historische Frage, ob der Russe Krieg will. Und ein Problem der Geschichtsschreibung. (Teil 1)

Frau Dahn, der Titel Ihres neuen Buches, "**Im Krieg verlieren auch die Sieger. Nur der Frieden kann gewonnen werden**" bezeugt schon Ihre Ablehnung aller Siegesfantasien. Was bedeutet für Sie die Scholz'sche Zeitenwende?

Daniela Dahn: Die eigentliche Zeitenwende war Anfang der 1990er-Jahre der Zerfall des Ostblocks. Und mit ihm des bipolaren Sicherheitssystems, das Ende der Entspannungspolitik. Russland war so schwach, dass man alles mit ihm machen konnte. Sogar in aller Öffentlichkeit mit **US-Spezialisten Wahlen manipulieren**, damit **der dem Westen willfährige Jelzin gegen alle Vorhersagen noch einmal gewinnt.**

Wir haben dann über 30 Jahre eine unipolare Welt erlebt, in der einen Platz zu finden, Putin immer wieder vergeblich versucht hat. Lange Zeit galt im Westen die Faustregel, Russland habe kein Recht, irgendetwas zu fordern. **Die USA gaben den Ton an, nicht nur in der Nato, sondern in der ganzen Welt.**

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

Das Forschungsinstitut des US-Kongresses hat unlängst eine Studie veröffentlicht, aus der hervorgeht, **dass das Pentagon seit 1991 weltweit 251 "militärische Aktionen" unternommen hat.**

Darunter als "**Humanitäre Intervention**" oder "**Krieg gegen den Terror**" ausgegebene **Angriffskriege**, in denen ungesühnt Kriegsverbrechen begangen wurden und in deren Folge *failed states* bis heute in Chaos und Armut versinken. Oder europäische Grenzen verschoben und Souveränität verletzt wurden, wie in dem völlig sinnlosen Nato-Angriffskrieg gegen Russlands Verbündeten Serbien.

Das **Völkerrecht war leider schon lange nicht mehr das Referenzsystem staatlichen Handelns.** Ja, Autokraten wie Putin setzen jetzt mühsam errungene internationale Regeln außer Kraft. **Aber zuvor haben Demokraten diese Regeln außer Kraft gesetzt.**

Das Neue seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine ist für mich, dass derjenige, der glaubt unbegrenzt provozieren zu können, erkennen muss, dass man auch überreizen kann.

Wer derart herausfordert, muss mit dem Versagen der Politik auf der anderen Seite rechnen.

Aber ich sehe im politischen Establishment wenig Nachdenken **über die von der Vorgeschichte ausgelösten Kausalitäten.** Die schlimmste Variante der Zeitenwende wäre ein langanhaltender, eskalierender Weltordnungskrieg.



Daniela Dahn

[Im Krieg verlieren auch die Sieger: Nur der Frieden kann gewonnen werden](#)

Rowohlt Verlag, 224 Seiten, 16 Euro

ISBN: 978-3499011740

Ein **Hinterfragen der militärischen und politischen Ziele des Westens** scheint ebenso wenig möglich wie eine **Debatte über einen Umgang mit Russland.** Über die politischen Lager hinweg macht sich ein **Gefühl der Hilflosigkeit** breit; formuliert von erfahrenen Akteuren ganz

unterschiedlicher Fachrichtungen und politischer Strömungen: dem Sozialdemokraten Klaus von Dohnanyi etwa, der ehemaligen Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer oder dem Politologen Christian Hacke. Wie kommt es zu dieser **Diskursverengung**, und vor allem: wie kann man ihr entgegenwirken?

Daniela Dahn: Auf eine solche Frage kann ich nur mit einem Buch antworten oder mit einem Satz: **Hinter einer Diskursverengung stecken Interessen**, von denen man sich nicht einschüchtern lassen sollte, **die stattdessen aufzudecken sind**.

Sie schreiben, man müsse eigene Einsichten und Schlussfolgerungen hinterfragen. Das tun nicht alle, Linke posten nach neun Monaten Krieg immer noch das Gedicht "Meint Ihr, die Russen wollen Krieg?" von Jewgeni Jewtuschenko. Weshalb schafft es die Linke so wenig, das sowjetische und antifaschistische Russland von dem kapitalistischen Kriegsstaat Wladimir Putins und seiner Oligarchen zu unterscheiden?

Daniela Dahn: Ich fände es auch zu einfach, den Krieg damit zu erklären, dass Russland nun eben kapitalistisch ist und **Kapitalismus nach der reinen Lehre gesetzmäßig zum Krieg führt**, wie nun einmal mehr bewiesen sei.

Ich poste zwar nicht, aber Jewtuschenkos rhetorische Frage halte auch ich noch für berechtigt. **Ich glaube nach wie vor nicht, dass Russen Krieg wollen** - warum sollten sie nach drei historischen Großeroberungen, in denen sie angegriffen wurden und unermessliches Leid erfahren.

Allerdings glaube ich auch, dass es eins gibt, **was sie noch weniger wollen als Krieg, nämlich noch mal mit derart brutalem Vernichtungswillen überfallen und ausgerottet zu werden, wie im letzten Krieg**. Dieser Schrecken, von dem keine Familie verschont blieb, ist zu Erbgut geworden.

Im Übrigen zitiere ich aus einem Brief Albert Einsteins an Sigmund Freud: **"Die Massen sind niemals kriegslüsternd, solange sie nicht durch Propaganda vergiftet werden."**

"Glaube generell nicht an objektive Kriegsgeschichtsschreibung"

Dann kommen wir zu diesem Gift. Wie schon während vergangener Kriege setzen viele Medien in ihre Beiträge über den Ukraine-Krieg Disclaimer, in denen sie darauf hinweisen, dass **Informationen oft nicht unabhängig überprüft werden können**. Das weist auf den Willen zur Objektivität hin, oder?

Daniela Dahn: Nein, nach meinem Eindruck eher auf das Gegenteil. **Während Meldungen, die nicht ins veröffentlichte Bild passen, meist auch dann nicht gebracht werden, wenn sie gesicherte Quellen haben, werden solche, die die offizielle Version bestärken, auch ohne überprüfbareren Wahrheitsgehalt gemeldet.**

Ich empfinde das eher wie ein **Sich-aus-der-Verantwortung-Stehlen** – sollte die Unhaltbarkeit der Nachricht herauskommen, dann hat man sich ja vorsichtshalber abgesichert. Warum müssen **unüberprüfbare Fakten und Behauptungen überhaupt in die Welt gesetzt werden?** **Was einmal verkündet ist, ist schwer wieder einzufangen.**

Ich glaube generell nicht an eine objektive Kriegsgeschichtsschreibung. Militärische, propagandistische und logistische Täuschung gehört zur Strategie und Taktik jedes

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

Krieges. Ich habe allerdings nicht den Eindruck, dass das die Botschaft der erwähnten Disclaimer ist.

Sie verweisen in ihrem Buch auf Julian Nida-Rümelins Lamento, in der "Zeit", unsere Medien zeigten **"auffallend wenig Resistenz gegen eine Ideologisierung der Außenpolitik des Westens"**. Er spricht von **doppelten Standards**, gar von **"Kriegspropaganda"**.

Die ARD widmete der weniger russlandkritischen Haltung im Osten des Landes einen ganzen, reichlich belehrenden Themenabend. Wie steht es um das Verhältnis zwischen Journalisten und Mediennutzern im Krieg, zwischen den Menschen und den Medien?

Daniela Dahn: Es ist mir kaum möglich, Aussagen über die Journalisten oder die Menschen zu treffen, es gibt immer und überall Ausnahmen und Zwischentöne. Gehen wir doch z.B. davon aus, dass schon die Autoren und Leser von *Telepolis* etwas anders sind.

Generell lassen die Großmedien das Einhalten einer Grundregel vermissen, die sowohl bei Streitigkeiten im Buddelkasten gilt als auch bei den ganz großen Konflikten: **Man muss immer beide Seiten hören**. Das ist **in der Justiz bei der Suche nach Gerechtigkeit** selbstverständlich und galt auch im **Journalismus als unverzichtbar**.

Inzwischen **herrscht das Axiom: Was immer aus einer russischen Quelle kommt, kann nur Propaganda sein** und muss ungeprüft aus dem Verkehr gezogen werden. Den Lesern und Hörern wird nicht zugetraut, sich eine eigene Meinung zu bilden, **ja es wird ihnen nicht zugestanden**.

Die russische Sicht sollen wir nur in deutscher oder **westlicher Kommentierung zur Kenntnis** nehmen und die ist **oft genug verkürzt, verdreht und verfälscht**. Nicht wenige empfinden sie selbst von Propaganda nicht weit entfernt, wie das in Umfragen dokumentierte, **wachsende Misstrauen in die "Qualitätsmedien" belegt**. Da sind die Öffentlich-Rechtlichen nicht besser als die Privaten.

Teil 2: "Putin und Lawrow hätten vor die UNO gehen müssen"

Daniela Dahn, geboren in Berlin, studierte Journalistik in Leipzig und war Fernsehjournalistin. 1981 kündigte sie und arbeitet seitdem als freie Schriftstellerin und Publizistin. Sie war Gründungsmitglied des "Demokratischen Aufbruchs" und hatte mehrere Gastdozenturen in den USA und Großbritannien.

Sie ist Mitglied des PEN sowie Trägerin unter anderem des Fontane-Preises, des Kurt-Tucholsky-Preises für literarische Publizistik, der Luise-Schroeder-Medaille der Stadt Berlin und des Ludwig-Börne-Preises.

Bei Rowohlt sind bislang 13 Essay- und Sachbücher erschienen, vor dem aktuellen Buch "Im Krieg verlieren auch die Sieger: Nur der Frieden kann gewonnen werden" (2022).

Artikel von Daniela Dahn bei *Telepolis*.

["Putin und Lawrow hätten vor die UNO gehen müssen" | Telepolis](#)

"Putin und Lawrow hätten vor die UNO gehen müssen"

26. Dezember 2022 Harald Neuber



Bild: Holger John / Viadata

Daniela Dahn über die schlimmste denkbare Variante der Scholz'schen Zeitenwende. Über Fakenews einer Osteuropa-Korrespondentin. Und über **Notwendigkeit, Frieden zum besseren Geschäft zu machen als Krieg. (Teil 2 und Schluss)**

Frau Dahn, im ersten Teil dieses Gesprächs haben Sie eine **grundsätzliche Medienkritik** geäußert und diese gleichermaßen auf private wie auf öffentlich-rechtliche Medien bezogen. Können Sie das, um nicht wieder zu generalisieren, am konkreten Beispiel veranschaulichen?

Daniela Dahn: Ich las gerade das Buch "Die Ukraine und wir" der Osteuropa-Korrespondentin des Deutschlandfunks Sabine Adler. An einem einzigen Absatz lässt sich die tendenziöse Art auch ihrer gleichgesinnten Berichterstattung veranschaulichen:

Auf Seite 40 will sie ihre Leser davon überzeugen, dass der russische Entwurfsvorschlag für Sicherheitsgarantien zwischen den USA und der Russischen Föderation vom Dezember 2021, **also die wohl letzte Chance, den geostrategischen Konflikt friedlich zu lösen,** das Papier nicht wert war, auf dem es steht. Offensichtlich verlässt sie sich darauf, dass kaum jemand den Wortlaut des Vertragsangebotes kennt.

Der steht zwar seit Dezember nicht nur auf der Seite des russischen Außenministeriums, sondern auch auf der Seite der russischen Botschaft in Berlin. Aber wer macht sich schon die Mühe, so etwas herauszufinden? Adler: "Noch im Dezember 2021 besteht Wladimir Putin auf seinem Forderungskatalog, dass sich die Nato hinter die Grenzen von 1997 zurückziehen müsse."

Das ist falsch. Hier wird suggeriert, der Kreml habe gefordert, die gesamte Nato-Osterweiterung rückgängig zu machen. Wie anders solle man ein "Zurückziehen hinter die Grenzen von 1997" verstehen, also auf einen Status quo, zu dem all die Länder des einstigen

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

Ostblocks noch nicht Nato-Mitglied war: Tschechien, Ungarn, Polen, Estland, Lettland, Litauen, Bulgarien, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Kroatien, Montenegro und Nordmazedonien. Das wäre in der Tat ein absurder Anspruch.

Zumal die Vorschläge ausdrücklich als Entwurf und nicht als ultimative Forderung ausgewiesen sind. Was dazu in dem Vertragsangebot wirklich steht, ist in Art. 4 der vorgeschlagenen Maßnahmen nachzulesen: Russland und alle Staaten der Nato-Osterweiterung stationieren auf deren Hoheitsgebiet keine Streitkräfte und Waffen, zusätzlich zu den vor 1997 dort befindlichen.

Das heißt, die Nato sollte ihre Aufrüstung dieser Länder rückgängig machen. Diese würden mit den militärischen Kräften, die sie aus sowjetischem Erbe in die Nato eingebracht haben, Mitglieder bleiben. Das Bedrohungspotential Russlands durch westliche Waffen in unmittelbarer Nähe wäre verringert.



Daniela Dahn

[Im Krieg verlieren auch die Sieger: Nur der Frieden kann gewonnen werden](#)

Rowohlt Verlag, 224 Seiten, 16 Euro

ISBN: 978-3499011740

Der Stichtag Mai 1997 war nicht willkürlich gewählt, es war die Unterzeichnung der Nato-Russland-Akte. Liegt in diesem Dokument ein Anlass für solche Forderungen?

Daniela Dahn: Durchaus. Darin wurde festgehalten, dass sich beide Seiten nicht mehr als Gegner betrachten und daher die dauerhafte Stationierung von zusätzlichen Nato-Kampftruppen in diesen neuen Bündnisländern eingeschränkt ist. Erlaubt wurde sie nur im Verteidigungsfall oder in akuten Bedrohungslagen. Der Kreml knüpfte also mit seinem Vorschlag an einst gültige Verträge an.

Im nächsten Satz behauptet Sabine Adler, Putin verlange ein Ende der Stationierung atomarer Kurz- und Mittelstreckenraketen der USA in Europa. Das ist zumindest irreführend formuliert. Der Kreml hat vorgeschlagen, dass alle Atommächte ihre Nuklearwaffen nur noch auf ihrem nationalen Hoheitsgebiet stationieren. Da ist Russland mit dem Abzug von

Nuklearsprengköpfen aus Ostdeutschland und anderen Warschauer-Pakt-Staaten vor Jahren mit gutem Beispiel vorangegangen.

Das ist ein vernünftiger Ansatz. Die Bewegung der Blockfreien fordert das seit Jahren, man kann es nicht einfach als russische Maximalforderung abtun. Angesichts des generellen UN-Atomwaffenverbots, dem die Mehrheit der Uno-Mitglieder zugestimmt haben, wäre es ein erster Schritt der Beschränkung.

"Krieg ist immer Versagen von Politik."

Auch in Deutschland ist der Abzug von US-Atomwaffen oft gefordert worden. Ein Außenminister Westerwelle bezeichnete sie einst als "Relikte des Kalten Krieges", unter Präsident Trump wollte SPD-Fraktionschef Mützenich das Teufelszeug lieber loswerden und die Bundestagsfraktionen der Linken und der Grünen forderten noch im Februar 2021 in getrennten Anträgen ein "Ende der nuklearen Teilhabe". Warum hatte der vor dem Krieg gemachte russische Vorschlag plötzlich keine offiziellen Sympathisanten mehr?

Daniela Dahn: Dass die USA und mit ihr viele Journalisten und Politiker den Vorschlag als Zumutung empfanden, zeugt von der herrschenden, unipolaren Unsicherheitsstrategie. Washington hat jahrzehntelang seine Militärdoktrin der Nato und dem Rest der Welt diktiert. Sabine Adler verkehrt dies im besagten Absatz lieber ins Gegenteil: "Moskau glaubt, eine neue politische und militärische Ordnung diktieren zu können, und hat im Gegenzug absolut nichts anzubieten. An Abrüstungsgesprächen, vertrauensbildenden Maßnahmen, über die die Nato-Länder mit dem Kreml ins Gespräch kommen wollen, ist Putin nicht interessiert."

Hat sie den Vertragsentwurf überhaupt zu Ende gelesen? Der schreibt alles fest, was deeskaliert. **Er verlangt, dass beide Vertragsparteien die UN-Charta einhalten, auch die Schlussakte von Helsinki und die OSZE-Vereinbarungen, er will "Streitigkeiten durch konstruktiven Dialog" lösen.** Er bekräftigt, dass **"ein Atomkrieg nicht gewonnen werden kann und niemals geführt werden darf".**

Er schlägt vor, alle Abkommen wiederzubeleben, die einst der Verringerung von Risiken gedient haben. Auch verpflichtet er die Vertragsparteien, "alle internationalen Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln beizulegen" und sich regelmäßig über aktuelle Bedrohungen oder Manöver auszutauschen.

Alle "Instrumente für vertrauensbildende Maßnahmen" seien zu nutzen, "um Transparenz und Vorhersehbarkeit militärischer Aktivitäten zu gewährleisten".

Der Vertragsentwurf hat dem Westen damals einen gewissen Spielraum angeboten, den dieser brüsk ausgeschlagen hat.

Wollen Sie sagen, dass der Krieg damit unvermeidlich wurde?

Daniela Dahn: Auf keinen Fall. Krieg ist immer Versagen von Politik. Und Politik beginnt immer beim Finden von Alternativen. Putin und Lawrow hätten mit ihrem Gefühl der bedrohten Sicherheit und dem Entwurf für Gegenmaßnahmen vor den UN-Sicherheitsrat gehen müssen oder vor die Vollversammlung.

Sie hätten ihn an die ganz große Glocke hängen müssen. Es war nicht auszuschließen, dass sie Rückenwind bekommen hätten von allen, die die Unipolarität auch satt haben. Und wenn nicht, hätten sie alternative Wege finden müssen, die UN auf das Überschreiten ihrer roten Linien aufmerksam zu machen.

Aber vielleicht erliege ich da auch einem verklärten Bild über die Handlungsmöglichkeiten der Uno. Ich hörte gerade beim Kasseler Friedensratschlag einen desillusionierenden Vortrag des langjährigen UN-Mitarbeiters Hans-Christof Graf von Sponeck, der die Machtlosigkeit der Mehrheit der Länder schilderte, und die Abhängigkeit von den westlichen Geldgebern. Wie wird denn die Friedensbewegung mit der "Zeitenwende" fertig?

Daniela Dahn: Der Ratschlag war gut besucht und sehr anregend. Mir scheint, die Bewegung überwindet langsam ihre Schockstarre. Der UN-erfahrene Michael von der Schulenburg hat Wege für **eine Friedenslösung aufgezeigt, die natürlich auf schnellstmöglichen Waffenstillstand und Verhandlungen hinauslaufen.**

Niemand, wirklich niemand, kann die Garantie geben, dass weitere Waffenlieferungen nicht mehr Menschenleben kosten, als sie zu schützen vorgeben. Dafür sind Kriege viel zu unberechenbar. **Die Zerstörung der Ukraine im Namen ihrer Rettung.** Das muss vermieden werden.

Wir haben auch darüber gesprochen, ob angesichts des Unrechts dieses Überfalls und dem sich daraus entwickelten Stellvertreterkrieg zwischen den USA und Russland noch am Pazifismus festgehalten werden kann. Ich habe auf die gerade erschienene Verteidigungsschrift des Wissenschaftsphilosophen Olaf Müller verwiesen, der einen "pragmatischen Pazifismus" anempfiehlt.

Er ist als Pazifist bereit, sehr seltene Ausnahmen einzuräumen. Wenn nämlich eine pazifistische Haltung schlimmere Konsequenzen nach sich zöge, als der Krieg selbst. Dafür sieht er, wie der "militante Pazifist" Einstein und Lord Russel, aber bis heute nur eine legitime Ausnahme: den Krieg der Alliierten gegen das faschistische Deutschland.

Er glaubt an "das Gute im Menschen" und die Kraft der Liebe und ist zuversichtlich, dass der Pazifismus sich wegen dieser Antriebe eines Tages durchsetzen wird.

Ich fürchte vielmehr, dass das zweifellos Gute im Menschen gegen die **strukturelle Gewalt des Kapitals vollkommen machtlos ist.** Frieden müsste ein besseres Geschäft sein als Krieg, dann hätte er eine Chance. Ich glaube allerdings an die **gute Erkennbarkeit struktureller Gewalt.** Und daran, dass aus dieser Analyse dem Pazifismus Kräfte zuwachsen können.

Daniela Dahn, geboren in Berlin, studierte Journalistik in Leipzig und war Fernsehjournalistin. 1981 kündigte sie und arbeitet seitdem als freie Schriftstellerin und Publizistin. Sie war Gründungsmitglied des "Demokratischen Aufbruchs" und hatte mehrere Gastdozenturen in den USA und Großbritannien.

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

Sie ist Mitglied des PEN sowie Trägerin unter anderem des Fontane-Preises, des Kurt-Tucholsky-Preises für literarische Publizistik, der Luise-Schroeder-Medaille der Stadt Berlin und des Ludwig-Börne-Preises.

Bei Rowohlt sind bislang 13 Essay- und Sachbücher erschienen, vor dem aktuellen Buch "Im Krieg verlieren auch die Sieger: Nur der Frieden kann gewonnen werden" (2022).

Artikel von Daniela Dahn bei *Telepolis*.

[Die vergiftete Diskussion um eine friedenspolitische Perspektive | Telepolis](#)

Die vergiftete Diskussion um eine friedenspolitische Perspektive

30. Dezember 2022 Wolfgang Lieb



Krieg ist furchtbar, immer. Die Schrecken des Ukraine-Krieges aber werden instrumentalisiert. Wie die Debatte um eine friedenspolitische Perspektive verhindert wird (Teil 1)

Wir alle erleben es täglich: **Emotionalisierung und moralisch überhöhte Vorwürfe** beherrschen den öffentlichen Diskurs über den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. Wenn wir abends die *Tagesschau* oder die *Heute*-Nachrichten einschalten, sehen wir minutenlang Bilder von zerbombten Häusern, Tote oder Interviews mit verletzten Menschen.

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

Selbstverständlich ist das alles schrecklich. Krieg bringt Zerstörung und unendliches menschliches Leid. Im Krieg werden Verbrechen verübt und es gibt Grausamkeit – und zwar auf allen Seiten. Nach Schätzungen des US-ArmeeGenerals Mark Milley wurden bisher 100.000 russische Soldaten getötet und verletzt, tausende Opfer sind in der Ukraine zu beklagen.

Krieg ist furchtbar! Und zwar jeder Krieg!

Gerade angesichts von unermesslichem Leid und Zerstörung müssten doch alle politischen Anstrengungen und **alle öffentlichen Debatten darauf gerichtet sein, diesen Krieg zu beenden?**

Doch das Gegenteil ist der Fall: Mit der durch die **schrecklichen Bilder erzeugten Empathie** in der Bevölkerung gegenüber den ukrainischen Opfern wird **eine Eskalationsdynamik entfacht**, mit dem Ruf nach immer mehr schweren Waffen, nach noch mehr Geld für die Rüstung.

Mahnende oder auch nur nachdenkliche Stimmen werden moralisierend verurteilt und Menschen, **die diplomatische Lösungen anmahnen**, werden als "Putin-Versteher", als Abweichler in die rechte Ecke gestellt. **Pazifisten** werden als Putins "Fünfte Kolonne", also als willige Helfer Russlands verunglimpft.

Rolf Mützenich der auf dem Debattenkonvent der SPD anfangs November öffentlich gemacht hat, dass er auf eine – wie sie von ukrainischer Seite genannt wurde – **"Liste von Informationsterroristen"** gesetzt wurde, weil er sich für **eine Waffenruhe und für weitere diplomatische Schritte zur Beendigung des Krieges einsetzt**, erfährt für diese ungeheuerliche Attacke nicht etwa Rückhalt auf deutscher Seite, sondern er wird von den Medien und sogar von den eigenen Koalitionspartnern beschimpft.

Berechtigerweise schreibt Heribert Prantl, ehemaliges Mitglied der Chefredaktion der *Süddeutschen Zeitung*:

Es ist fatal und unendlich töricht, dass hierzulande schon die Wörter **"Waffenstillstand"**, **"Friedensappell"** und **"Frieden"** als **anrühlich gelten**, wenn sie im Zusammenhang mit dem Krieg gegen die Ukraine gebraucht werden. Es ist fatal, wenn **das Werben für eine diplomatische Offensive fast schon als Beihilfe zum Verbrechen bewertet wird**.

Wenn die öffentliche Debatte von Moral beherrscht wird und Gefühle angeheizt und instrumentalisiert werden, haben es sachliche Argumente schwer und eine nüchterne und rationale Debatte wird blockiert.

Oder wie der verstorbene Satiriker Wiglaf Droste sang: **"Ist das Hirn zu kurz gekommen, wird sehr gern Moral genommen"**.

Denktabus bereiten rechter und populistischer Propaganda erst Raum

Dabei wird der rechten und populistischen Propaganda gerade aufgrund einer durch **Denktabus eingeschränkten Debatte** erst richtig Raum geboten.

Dass die AfD mit populistischen Parolen bei uns zehn Tausende auf die Straße bringt, ist schlimm, noch schlimmer ist aber, dass jeweils gerade mal ein paar hundert Gegendemonstranten dagegenstehen. Nicht zuletzt bei der Landtagswahl in Niedersachsen hat die AfD mit **der schlichten Forderung nach einem Ende der Sanktionspolitik ihre Stimmenanteile nahezu verdoppelt**. Die Linkspartei ist dagegen im Westen aus den Parlamenten geflogen.

Eingrenzung des Themas

Damit ich keine falschen Erwartungen erwecke, will ich gleich am Anfang dieses Dreiteilers erwähnen, worauf ich nicht oder allenfalls mit wenigen Stichworten eingehen will und kann:

- Ich will mich nicht mit militärischen Fragen, also mit Waffenlieferungen oder mit der Frage des Überschreitens einer Grenze zur Kriegsteilnahme auseinandersetzen. Anders als die selbst ernannten Militärexperten Anton Hofreiter (Bündnis 90/ Die Grünen) oder Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) bin ich auf diesem Feld zu wenig Fachmann und dafür wäre auch eine gesonderte Diskussion notwendig.
- Nur stichwortartig andeuten will ich die Frage, **ob die Sanktionen des "Westens" nicht gleichfalls Vertragsbrüche darstellen**, wie Putins Stopp der russischen Gaslieferungen.
- Nur ganz knapp kann ich darauf eingehen, ob **die Sanktionen völkerrechtskonform** sind.
- Ganz kurz nur möchte ich die Fragen ansprechen, ob im **Kontext der Sanktionspolitik nicht mit zweierlei moralischen Maßstäben gemessen wird** und
- **ob Sanktionen ganz allgemein jemals dazu beigetragen haben, einen Krieg zu beenden oder einen Wechsel des sanktionierten Regimes herbeizuführen.**
- Auch die Frage, ob der **"Wirtschaftskrieg"** zu gewinnen ist, ist aufgrund der unsicheren Datenlage vor allem auf russischer Seite nur sehr schwer zu beantworten.

Ob **die Rückwirkungen der Sanktionen unserem Land mehr schaden, als nutzen**, ist eine politisch zu beantwortende Frage. Aber gerade darauf müsste es politische Antworten geben, damit nicht Populisten die Oberhand gewinnen.

Weil hinsichtlich der Sanktionen, das Kind in den Brunnen gefallen ist und letztlich Deutschland allein, wohl nicht aus der bisherigen – wie sie genannt wird – "Geschlossenheit" des Westens ausbrechen kann, macht man es sich zu einfach, wenn man schlicht ihre Beendigung fordert – schon das teilweise vorsichtige Vorgehen von Olaf Scholz hat Deutschland in eine Sündenbockrolle gedrängt.

Deshalb will ich mich auf die Fragen konzentrieren, **wie die Sanktionen in eine friedenspolitische Perspektive gelenkt werden könnten und welche Fragen sich stellen, um auf einen Waffenstillstand und danach vielleicht auf Friedensverhandlungen hinzuarbeiten.**

Zunächst zu den angesprochenen kurzen Anmerkungen:

Sind Sanktionen nicht auch Vertragsbrüche?

Wir müssen "Doppelstandards vermeiden", schrieb Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) zurecht im Juli in einem Namensbeitrag für die *FAZ*. Wer sich über Vertragsbrüche Putins bei der Lieferung von Gas echauffiert, darf nicht einäugig unterschlagen, dass durch die inzwischen neun Sanktionspakete mit über 12.000 Einzelsanktionen gegen rund 1.200 Einzelpersonen und gegen 118 Organisationen, die die USA, die EU und insgesamt weitere etwa 40 Staaten des Westens verhängt haben, gleichfalls eine Vielzahl von Verträgen mit Russland aufgekündigt wurden.

Es ist doch naiv und widersprüchlich, wenn schon Monate vor der Drosselung der Gaslieferungen und lange vor dem offiziellen Embargo etwa vom CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz oder von der EU-Kommission ein sofortiger Stopp sämtlicher Gasimporte aus Russland gefordert wurde oder wenn von der Bundesregierung ein Einfuhrverbot für Kohle und Öl ausgesprochen wird, gleichzeitig zu erwarten, dass Putin das einfach so hinnimmt und nicht seinerseits bestehende Verträge aufkündigt? War dieser Boomerang-Effekt eines Lieferstopps eigentlich nicht zu erwarten?

Warum wurden eigentlich **von der EU keine Sanktionen gegen die Uranlieferungen an die Atomkraftwerke in Europa verhängt?** Wo man doch weiß, dass **die EU rund 40 Prozent ihres Kernbrennstoffs von Russland** und dem eng mit ihm verbündeten Kasachstan bezieht. Sollten die Franzosen sich da cleverer angestellt haben?

Sind die Sanktionen eigentlich völkerrechtskonform?

Auch wenn die westlichen Sanktionen nicht nach Art. 39ff. (41) der UN-Charta vom Sicherheitsrat beschlossen worden sind, wurde die Frage, ob diese völkerrechtskonform sind, allenfalls in kleinsten Fachzirkeln diskutiert. Viele Staaten halten solche **einseitigen Sanktionen für völkerrechtswidrig**.

Juristisch ist die Frage umstritten. So werden einerseits die westlichen Sanktionen im Vergleich zum völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg als verhältnismäßig eingestuft.

Andererseits beruht das Völkerrecht im Wesentlichen auf dem Gewohnheitsrecht, das heißt, es entfaltet seine Kraft letztlich dadurch, dass die Staaten die Normen einhalten, deshalb ist es keineswegs unproblematisch, wenn auf Völkerrechtsverletzungen mit Rechtsverletzungen geantwortet wird. **Jedenfalls stehen die Sanktionen im Widerspruch zu der Berufung des Westens auf ein "regelbasiertes Zusammenleben" der Staaten.**

Wird bei Sanktionspolitik mit zweierlei Moral-Maßstäben gemessen?

Damit die Saudis ein wenig mehr Öl pumpen sollten, begrüßte US-Präsident Joe Biden den von ihm nach dem grausamen Khashoggi-Mord als "Schurken" beschimpften arabischen Kronprinzen Mohammed bin Salman mit jovialem Faustgruß. Auch Bundeskanzler Olaf Scholz und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron drückten dem Kronprinzen herzlich die Hand.

Dabei **umgeht Saudi-Arabien das westliche Ölembargo und verdoppelte im zweiten Quartal dieses Jahres den Import von russischem Öl auf 48.000 Barrel pro Tag.**

Im dortigen Königreich gibt es **permanent Menschenrechtsverletzungen wie Massenexekutionen und Enthauptungen, Homosexuelle werden ausgepeitscht oder gar gehängt.** Und **ist der Krieg, den die Saudis im Jemen mit bisher fast 400.000 Toten führen, weniger grausam als Putins Krieg in der Ukraine?**

Ist es so schwierig nachzuvollziehen, dass sich **Staaten, die etwa die Hälfte der Weltbevölkerung repräsentieren, in der UN-Vollversammlung einer Verurteilung Russlands verweigern und dem Westen im Ukraine-Krieg Doppelmoral vorwerfen.**

Die Saudis verhöhnen diesen Kotau des Westens sogar noch und wollen zusammen mit den Opec-Staaten mitten in der schwersten Energiekrise 2 Millionen Barrel Rohöl pro Tag weniger auf den Markt bringen – eine Drosselung von der wiederum auch Russland als Opec-plus-Mitglied profitiert, weil durch die Verknappung der Ölpreis steigen wird.

Die Doppelmoral wird dadurch auf die Spitze getrieben, dass der Bundessicherheitsrat mit den Stimmen von Habeck und Baerbock nun **auch noch Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien genehmigte.**

Man könnte eine stattliche Zahl an Beispielen aufzählen, **wie mit der Sanktionspolitik gegen Russland mit zweierlei Maß gemessen wird.**

- **Ich verweise etwa auf die EU-Vereinbarung über Gaslieferungen mit Aserbaidschan, das 2020 einen brutalen Krieg mit Armenien ausgefochten und erst vor ein paar Wochen sein Nachbarland erneut militärisch angegriffen hat.**
- **Ein weiteres Beispiel ist der Kauf von umweltschädlichem Fracking-Gas aus den USA oder Katar,** dessen Gewinnung bei uns verboten ist, oder man denke an den Abschluss langfristiger Gasverträge, die eine Transformation der Energieerzeugung auf erneuerbare Energien um Jahre zurückwerfen.
- **Auf eine Verurteilung der völkerrechtswidrigen Kriegsangriffe des Nato-Mitglieds Türkei gegen Kurden in Nordsyrien und Nordirak** durch die Bundesregierung warten wir bislang vergebens. **Usw. usf.**

Können Sanktionen ganz grundsätzlich dazu beitragen, Kriege zu beenden oder einen Regime-Wechsel herbeizuführen?

Sanktionen gibt es seit der Antike. In der Gegenwart werden sie eingesetzt, um eine Verhaltensänderung eines Staates oder eines Regimes zu bewirken oder dessen Handlungsfähigkeit einzuschränken.

Keiner der Kriege seit 1990 weder in Afghanistan, noch in Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Irak, Jugoslawien, Kuwait, Libyen, Serbien und Kosovo, Syrien oder Tschetschenien ist durch Sanktionen verhindert oder beendet worden.

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

Ob Sanktionen nach dem Zweiten Weltkrieg jemals zu einem Regime-Wechsel geführt haben, ist umstritten. Ob die Sanktionen einiger weniger Staaten zum Zusammenbruch des Apartheid-Regimes in Südafrika geführt haben, wird jedenfalls bezweifelt. Im Irak haben Sanktionen in der Bevölkerung eher Trotzreaktionen ausgelöst. Die seit 1979 gegen den Iran verhängten Sanktionen haben nicht zur Entmachtung des Mullah-Regimes geführt.

Die Schwächung der Wirtschaft eines gegnerischen Staates durch Sanktionen, schwächt nicht unbedingt auch das jeweilige dort herrschende Regime, das lässt sich in Syrien oder in Nordkorea beobachten. **Sanktionen sind häufig nur der Versuch, die eigene Hilflosigkeit zu kaschieren.**

Erwiesenermaßen haben die schon ab dem Jahr 2014 massiven Sanktionen, die vom "Westen" gegen Russland nach der Annexion der Krim verhängt wurden, Putin nicht daran gehindert, einen völkerrechtswidrigen Krieg gegen die Ukraine vom Zaun zu brechen.

Auch **die Androhung** von – wie es hieß – "**massiven Konsequenzen und hohen Kosten**" schon vor diesem Krieg, nämlich auf dem **EU-Gipfel im Dezember 2021**, konnten den Einmarsch nicht aufhalten. In der gesamten Geschichte Russlands hat niemals eine Niederlage in einem Krieg zu einem Regimewechsel geführt.

Mit dem inzwischen schon **neunten Sanktionspaket der EU** wurde die simple **Eskalationslogik** immer nur beidseitig fortgesetzt, denn auch Russland eskalierte zuletzt mit einer Teilmobilmachung oder derzeit mit Raketenbeschuss auf nicht besetzte ukrainische Gebiete und mit **der Zerstörung kritischer Infrastruktur im gesamten Lande**. Mehr als 1.100 Orte und mehr als zehn Millionen Menschen waren in der Ukraine zeitweise ohne Strom – und das im strengen Winter.

Ist der Wirtschaftskrieg zu gewinnen?

Über die Auswirkungen der Sanktionen auf Russland gibt es völlig gegensätzliche Einschätzungen. Ich muss an dieser Stelle auf eine detaillierte Darstellung von wirtschaftlichen Auswirkungen sowohl auf Russland, als auch auf Deutschland, Europa, ja die ganze Welt verzichten. Ich will nur einen einzigen Aspekt herausgreifen, nämlich die Wirkung des Energieembargos.

Nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa war 2021 der wichtigste Energie-Importeur aus Russland. 49 Prozent der russischen Erdölexporte, sogar 74 Prozent der Naturgasexporte und 32 Prozent der Kohleexporte gehen an die OECD-Länder Europas. Deutschland bezog im letzten Jahr noch 55 Prozent seines Gases aus Russland – inklusive des Gases, das wieder an andere EU-Länder weiter verteilt wurde – etwa an Polen.

Das immer wieder benutzte Argument, man dürfe mit den Importen von Energie nicht "Putins Kriegskasse auffüllen", ist höchst fragwürdig. Russland musste zwar aufgrund der Embargos insgesamt einen Nachfragerückgang hinnehmen, weil aber die Exportpreise auf dem Markt von **Öl, Kohle und Gas im Schnitt um 60 Prozent gestiegen sind, lagen die Einnahmen unter dem Strich höher als vor dem Krieg** – das errechneten mehrere westliche Marktforschungsinstitute.

Signale dafür, dass Russland wirtschaftlich in die Knie gezwungen werden könnte, sind bis jetzt nicht zu erkennen. Putin erklärte jedenfalls im Juni auf dem Internationalen Wirtschaftsforum in St. Petersburg, dass der wirtschaftliche "Blitzkrieg" gegen Russland keine Chance auf Erfolg habe, im Gegenteil: Er verkaufte die Sanktionen als "Chance" für sein Land.

Am 1. November 2022 beantwortete die Bundesregierung eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke nach der "Erfolgskontrolle der Sanktionen gegen Russland". Dort heißt es u.a.: "Die Verhängung von Sanktionen gegen Russland folgt einer politischen Zielsetzung. Sie richtet sich nicht nach einzelnen wirtschaftlichen Kennzahlen aus." Und schließlich: Der Bundesregierung lägen keine Erkenntnisse vor, ob die Sanktionen gegen Unterstützer des russischen Präsidenten einen Einfluss auf die Entscheidungsfindung der russischen Führung haben.

Im außenpolitischen Establishment der Bundesrepublik werden mittlerweile erste Stimmen laut, die den "Wirtschaftskrieg" gegen Russland als "Irrweg" einstufen. So heißt es in einem Beitrag, den Heribert Dieter von der – hauptsächlich von der Bundesregierung finanzierten – Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) für das Fachblatt Internationale Politik (IP) verfasst hat:

Zwar zeigten die Sanktionen durchaus Wirkung – jedoch "ganz anders, als von den Sanktionsbefürwortern erwartet". Das gelte zunächst für "die Fähigkeit der russischen Gesellschaft, Sanktionen zu bewältigen", angesichts schon früherer Sanktionen habe sich in Russland eine Leidensfähigkeit entwickelt, die die Resilienz "westlicher Gesellschaften deutlich übersteigt".

Falsch eingeschätzt habe die Sanktionsallianz laut Dieter die Folgen der Sanktionen für den Finanzsektor. So habe etwa der Ausschluss russischer Banken vom Zahlungssystem Swift "die Suche nach Alternativen" befeuert.

Je länger die Sanktionen beibehalten würden, "desto mehr werden nichtwestliche Länder Wege zur Abwicklung von Zahlungen außerhalb des westlichen Finanzsystems finden", damit schade die Sanktionsallianz sich selbst. Und, um dem Ölembargo auf dem Seeweg auszuweichen, hat sich Moskau inzwischen eine "Schattenflotte" von Öltankern zusammengekauft.

Manche Kritiker befürchten, dass die vom Westen verhängten Sanktionen eher zu einer Solidarisierung der Bevölkerung mit den Kriegsherren im Kreml führten und im Lande sogar eine Wagenburgmentalität verbreiteten. So meint etwa die Enkelin von Nikita Chruschtschow, Nina Chruschtschowa, die als Professorin für Internationale Politik in New York lehrt und nach eigenen Worten eine Gegnerin Putins ist:

Disney, Microsoft, McDonald's – alle verlassen Russland. Es ist genauso, wie Putin sagt: Der Westen will uns an den Kragen. Und diese Botschaft ist jetzt viel wirkungsvoller geworden, weil die Russen es mit eigenen Augen sehen.

Putin gehe eben nicht zu McDonald's, er nutze auch kein Instagram.

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

Die Begüterteren kaufen ihre BMWs und Porsches über die Nachbarländer Belarus oder Kasachstan. Wenn man der *FAZ* glauben darf, dann herrschte zumindest in Moskau "unbeschwertes Sommerglück", mit vollen Regalen, mit frischem Gemüse und – wenn auch deutlich teurer – mit westlichen Produkten.

Nach einer Umfrage in Moskau vom Juni dieses Jahres machen sich 58 Prozent der Befragten wegen der Sanktionen wenig (27 Prozent) oder gar keine (31 Prozent) Sorgen.

Es mag vereinzelt offenen Widerstand geben, der jedoch, wo immer die russischen Sicherheitskräfte Zugriff haben, brutal unterdrückt wird. 16.000 Menschen, die sich öffentlich gegen den Krieg eingesetzt haben, sollen inzwischen verhaftet worden sein.

Es gibt zwar keine verlässlichen Stimmungsbilder, aber derzeit scheint noch immer eine Mehrheit der Russinnen und Russen vollständig oder weitgehend hinter der dort sogenannten "militärischen Spezialoperation" zu stehen. Ein Ergebnis, das allerdings angesichts der totalen Zensur, der Schließung von unabhängigen Zeitungen und Fernsehsender und massiver staatlicher Repressionen gegen Oppositionelle nicht erstaunt.

Es handle sich allerdings weniger um eine echte Unterstützung als um fehlenden Widerstand, sagt Lew Gudkow wissenschaftlicher Leiter des einzigen unabhängigen Meinungsforschungsinstituts in Russland, der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung*.

Es ist auffallend, dass bislang keine einzige Großdemonstrationen für die Unterstützung der sog. "Militäroperation" organisiert worden ist. Die fehlende Unterstützung durch die Massen zeigt auch, dass der Einordnung des russischen Regimes als "faschistisch" – wie sie der Osteuropa-Historiker Timothy Snyder vornimmt – ein entscheidendes Element fehlt, nämlich die Massenpsychologie des Faschismus.

Inwieweit die jüngste Teilmobilmachung zu einem Stimmungswandel in Russland führt oder eher die letzten Reste des Widerstandes gegen den Krieg ins Ausland treibt, ist eine offene Frage. Das Pathos, das Putin bei der Verkündung der Mobilmachung an den Tag legte, könnte ein Indiz dafür sein, dass diese Einberufungen für das russische Machtsystem nicht ungefährlich sind – und zwar in zweierlei Hinsicht:

Die Mobilmachung kann einerseits ein Hinweis darauf sein, dass sich die Hardliner für ein härteres militärisches Vorgehen durchsetzen, worauf die Beförderung des tschetschenischen "Bluthundes" Ramsan Kadyrow und die Ernennung des – wie er genannt wird – "Generals Armageddon" Sergej Surowikin zum Oberbefehlshaber der russischen Truppen hinweisen könnte. Auch die Söldnertruppe Wagner könnte für Putin zur Bedrohung werden.

Andererseits weisen die offene mediale Kritik an der Einberufungspraxis und die vom Kreml selbst eingeräumten Fehler und vor allem auch die Absetzbewegungen von inzwischen rund 700.000 wehrpflichtigen Russen in Nachbarländer darauf hin, dass die Unterstützung bei weniger ideologisch überzeugten Kriegsbefürwortern bröckelt. Immerhin sollen 30 Prozent der Russen für eine Beendigung des Krieges sein.

Teil 2: Ukraine-Krieg: Das große Pokern um den Sieg

Ukraine-Krieg: Das große Pokern um den Sieg

31. Dezember 2022 Wolfgang Lieb



Kann der Westen die Sanktionen durchhalten? Und wer blufft, mit welchen Folgen? Und über allem die Frage: Wie wahrscheinlich ist ein Sieg der Ukraine? (Teil 2)

Als ziemlich gesichert kann gelten: Russland kann die Ukraine nicht mehr unterwerfen. Selbst wenn die Ukraine kapitulieren müsste, gäbe es – nach allem, was den Ukrainern angetan wurde – dauerhaften inneren Widerstand.

Seit September hat die Ukraine sogar eine Gegenoffensive gestartet, mehrere tausend Quadratkilometer und einige hundert Dörfer sind zurückerobert worden. Die russischen Truppen haben sich aus der strategisch wichtigen, viertgrößten ukrainischen Großstadt Cherson ans Ostufer des Flusses Dnjepr zurückgezogen und dort verschanzt.

Teil 1: Die vergiftete Diskussion um eine friedenspolitische Perspektive

Das Momentum sei auf ukrainischer Seite, heißt es, die Ukraine habe das Heft des Handels in der Hand. Es ist sogar von einem "Sieg" der Ukraine die Rede. Der Westen hat für weitere Milliarden Militärhilfe zugesagt.

Gegen die Siegeshoffnungen steht jedoch der nüchterne Befund, dass sich die **Kräfteverhältnisse zwischen Russland und der Ukraine nach wie vor drastisch unterscheiden.** Die Angaben des russischen Verteidigungsministers Sergei Schoigu, wonach es in Russland 25 Millionen Reservisten gebe, mögen maßlos übertrieben sein, aber selbst dann, wenn die russische Militärmacht geschwächt würde, so würde die Verfügung über das weltweit größte Nuklearwaffenarsenal ausreichen, um den Nachbar oder sogar die ganze Welt zu bedrohen.

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

Nach Angaben des schwedischen Friedensforschungsinstituts Sipri verfügt Russland über **6.255 Atomwaffen**, von denen fast 1.600 einsatzbereit sein sollen.

Nicht nur der Philosoph und Soziologe Jürgen Habermas vertritt die Meinung, dass "ein Krieg gegen eine Atommacht nicht mehr in irgendeinem vernünftigen Sinne "gewonnen" werden kann, jedenfalls nicht mit Mitteln militärischer Gewalt". Der Satz John F. Kennedys als Lehre aus der Kuba-Krise ist auch nach nunmehr 60 Jahren immer noch richtig, nämlich "dass die Führer von Nuklearmächten sich nicht gegenseitig in die Lage bringen dürfen, dass es nur noch die Wahl zwischen Demütigung und Atomkrieg gibt."

Je länger der Krieg dauert, desto schwieriger ist es, eine nukleare Eskalation zu kontrollieren. Die Sorglosigkeit, mit der Hardliner im Westen mit einer nuklearen Konfrontation umgehen, ist besorgniserregend. Hört man manche Politiker und Journalisten über die Bedrohung durch Atomwaffen reden, so erinnert das an die Stimmungslage vor dem Ersten Weltkrieg, die der australische Historiker Christopher Clark in seinem Buch mit dem Terminus der "Schlafwandler" beschrieben hat.

Der Forschungsdirektor des European Council on Foreign Relations (ECFR) Jeremy Shapiro weist mit Recht darauf hin, dass die Gefahr zunimmt, dass Präsident Putin im Angesicht einer für ihn katastrophalen militärischen Niederlage zur Auslösung eines Atomschlags bereit sein könnte.

Putin blufft nicht, sagen Angela Merkel und Joe Biden. Die russische Nuklearkriegsdoktrin erlaubte ja nicht nur Atomschläge mit Atomschlägen zu beantworten, sondern jeden Angriff, also auch einen Angriff mit konventionellen Waffen, der Russlands Überleben gefährdet.

Statt über eine "No First Use-Vereinbarung" zu reden, wurde **Mitte Oktober mit dem Nato-Manöver "Steadfast Noon" mitten in Europa der Atomkrieg geübt**. Selbst US-Präsident Biden warnt: "Zum ersten Mal seit der Kuba-Krise haben wir es mit einer direkten Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen zu tun" und er **malt ein Armageddon an die Wand**.

Es wäre allerdings gut zu wissen, dass es das oberste Ziel des Präsidenten wäre, diese Apokalypse zu verhindern. Die atomare Gefahr wird jedenfalls nicht von Leopard-Panzern abgewendet.

Es ist beängstigend, dass der Westen, die EU oder auch die Bundesregierung schweigen, wenn Präsident Selenskyj provozierend von der Nato verlangt: "die Möglichkeit eines Atomwaffeneinsatzes durch Russland auszuschließen" und **dass es wichtig sei: "dass es Präventivschläge sind, damit sie (nämlich die Russen) wissen, was ihnen blüht, wenn sie sie anwenden"**.

Es dürfe nicht umgekehrt sein: "Auf Schläge von Russland warten, um dann zu sagen: 'Ach, du kommst mir so, dann bekommst du jetzt von uns'." Diese Zuspitzung auf einen möglichen Atomkrieg erforderte – statt betretenem Stillschweigen – ähnlich entschlossene Deeskalationsmaßnahmen wie während der Kuba-Krise.

Aus der von Scholz angekündigten "Zeitenwende" darf nicht – wie Heribert Prantl das formuliert hat – ein **"Zeitenende" für Europa** werden.

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

Nur mit Erleichterung kann man die Botschaft von Olaf Scholz bei seinem Besuch in China aufnehmen, dass er sich mit Staatspräsident Xi Jinping einig sei, dass "atomare Drohgebärden ... unverantwortlich und brandgefährlich" seien. Auch dass Biden und Xi auf dem G 20-Gipfel in Indonesien übereinstimmten, dass "ein Atomkrieg niemals geführt werden sollte", schafft ein wenig Zuversicht.

Vermutlich aufgrund der Hintergrundkontakte des Nationalen Sicherheitsberaters von US-Präsident Joe Biden, Jake Sullivan, mit Putins außenpolitischen Beraters Juri Uschkow und dem Sekretär des Sicherheitsrates, Nikolai Patruschew, hat der Kreml eine Erklärung verbreitet, wonach Russland "strikt vom Postulat der Unzulässigkeit eines Atomkriegs geleitet wird" in dem es keine Gewinner geben könne und der deswegen "niemals entfesselt werden darf". (*Kölner Stadtanzeiger* vom 08.11.2022, S. 5)

Aber nicht nur Atomwaffen sind eine große Gefahr für eine nukleare Katastrophe, sondern auch die Kämpfe im Umkreis um die ukrainischen Kernkraftwerke.

Kann Europa und kann vor allem Deutschland die Sanktionen durchhalten?

Die Sanktionen sind zwar gegen Russland als Aggressor gerichtet, sie haben jedoch massive Rückwirkungen auf Deutschland, auf Europa, ja auf die ganze Welt, insbesondere den Globalen Süden. Kanzler Olaf Scholz hat mehrfach als einen seiner "vier klaren Grundsätze für die Politik" im Ukraine-Krieg genannt:

Wir unternehmen nichts, was uns und unseren Partnern mehr schadet als Russland.

Aber wo findet eine Debatte über Nutzen und Schaden der Sanktionen statt?

Es mag schwierig sein, den Nutzen und den Schaden gegeneinander abzuwägen, weil der Nutzen der Sanktionen vor allem politischer Natur ist, während die Kosten überwiegend ökonomischer oder finanzieller Natur sind. Eine sachliche Debatte über das sicherlich hochkomplexe Kosten-Nutzen-Kalkül der Wirkung der Sanktionen ist vor allem auch deshalb geboten, um die Opfer, die bei uns von den Bürgerinnen und Bürgern abverlangt werden, argumentativ politisch rechtfertigen zu können.

Allein die Schuld auf Putin zu schieben, wird auf Dauer nicht ausreichen. Ohne eine sachliche Abwägung der ambivalenten Wirkungen der Sanktionen dürfte die Emotionalisierung und Vergiftung des öffentlichen Diskurses weiter zunehmen und das Freund-Feind-Denken könnte eine gefährliche Eskalation auslösen. Nicht ohne Grund spricht Bundeskanzler Olaf Scholz vom "sozialen Sprengstoff".

Auf eine Darstellung der Rückwirkungen der Sanktionen auf uns kann und muss ich an dieser Stelle verzichten. Darüber kann man täglich in den Zeitungen nachlesen und solche Auswirkungen kann man an der Zapfsäule oder an der Kasse im Supermarkt spüren oder die Haushalte haben die Folgen schon schwarz auf weiß auf den Tisch bekommen, wenn die Schreiben ihrer Energieversorger über die Preiserhöhungen bei Gas und Strom eingegangen sind.

Einfach nur ein Ende der Sanktionen und Friedensverhandlungen zu fordern, ist zu schlicht

Dazu einleitend ein Zitat:

Wir richten unsere Politik an den Ursachen für die Energieknappheit, die Energiepreissteigerungen, die Inflation aus und wir kurieren nicht an den Symptomen mit Entlastungspakten und Versprechungen. Die Ursachen sind der Wirtschaftskrieg und die Sanktionspolitik, die die eigene Bevölkerung betreffen und das merken die Bürger und die mittelständigen Unternehmer an ihren Portemonnaies.

Wir stehen an der Schwelle eines Weltkrieges und niemand anderes benennt dieses Risiko. Wir brauchen eine Deeskalation, endlich Friedensverhandlungen mit Russland, zum Nutzen unserer Bürger und vor allem auch unserer Wirtschaft, denn unsere Wirtschaft geht aktuell vor die Hunde, der Mittelstand kollabiert. Das sind die Probleme die wir haben und die Bundesregierung hat keine Antwort darauf.

Von wem könnte dieses Zitat stammen?

Das Zitat stammt von Tino Chrupalla am Abend der Niedersachsenwahl am 9. Oktober in der Wahlsendung des ZDF. Und Betina Schausten, die den AfD-Vorsitzenden interviewte, hatte keinerlei Antwort darauf.

In der Tat profilieren sich derzeit bei uns die AfD oder in unseren Nachbarländern Marine Le Pen, Viktor Orbán, Silvio Berlusconi oder Matteo Salvini, aber auch der Wagenknecht-Flügel der Linkspartei als Unterstützer von Friedensverhandlungen mit Moskau und als Befürworter der Aufhebung von Sanktionen. Nicht ohne positive Resonanz in der Bevölkerung.

Der Sieg der Neofaschisten in Italien ist ein Wetterleuchten am Horizont. Wie lange bietet bei uns die Besinnung auf unsere schlimme Vergangenheit noch Schutz vor einer Entwicklung nach Rechtsaußen, wie in Polen, Ungarn, Italien, Schweden oder Frankreich?

Ach, wenn die Dinge nur so einfach lägen, wie sich die politische Rechte und ein Teil der Linken das so ausmalt.

Die Kernfragen, nämlich wie man realistischerweise zu einem Waffenstillstand und danach vielleicht zu Verhandlungen kommen kann und wo Kompromisse liegen könnten, bleiben unbeantwortet. Die allgemeine Forderung nach einem Ende der Sanktionen und einem schnellen Frieden hilft nicht weiter – solange man nicht sagen kann, wie man zu einem Verhandlungsfrieden kommen könnte.

Da muss man sich schon ein paar Gedanken mehr machen, wie ein Waffenstillstand oder gar Friedensverhandlungen zustande kommen könnten und vor allem auch wie man sich auf westlicher Seite dazu positioniert. Es fehlt – wie Antje Vollmer berechtigterweise sagt, eine Debatte über die brennende Frage: Wie kommen wir denn zum Frieden hin?

Die Probleme mit einer Beendigung der Sanktionen fangen schon bei der Physik an: Selbst wenn Russland wieder bereit wäre, Gas nach Deutschland zu liefern, stellt sich die Frage, ob

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

das durch die Zerstörung der Röhren von Nord Stream 1 und 2 physisch überhaupt noch möglich wäre.

Ich will an dieser Stelle keine Spekulationen darüber anstellen, wer hinter den Sprengstoffanschlägen auf die Gaspipelines in der Ostsee stecken könnte. Es fällt aber auf, dass man über die Ermittlungen nichts erfährt und es ist merkwürdig, dass Nord Stream selbst bislang keine Genehmigung für eine eigene Untersuchung erhält.

Ob die zerstörten drei Röhren reparabel sind oder ob über die eine (angeblich) intakte der beiden Röhren von Nord Stream 2 von Russland Gas geliefert werden könnte, ist eine offene Frage. Die Bundesregierung verneint dies. Schon der Lieferstopp über Nord Stream 1 war von russischer Seite ja höchst dubios begründet.

Über die beiden Pipelines Yamal und UGTS könnte zwar viel mehr Gas geliefert werden, meint Bodo Ramelow in der Süddeutschen Zeitung. Aber ist es zu erwarten, dass Polen und die Ukraine, auf deren Territorium die Röhren liegen, da zustimmen würden? Bis die Türkei der von Putin vorgeschlagene Umschlagplatz für russisches Gas nach Europa werden könnte, wird es noch lange Zeit dauern.

Friedensverhandlungen mit Aussicht auf Erfolg können weder von externen Akteuren aufgezwungen noch kann der nachhaltige Bestand der Verhandlungsergebnisse gesichert werden, wenn die unmittelbaren Konfliktparteien das nicht wollen.

Andererseits ist es doch so, dass die Ukraine, um in diesem Krieg bestehen zu können, der massiven militärischen und finanziellen Unterstützung des Westens bedarf.

Die USA haben insgesamt 68 Milliarden US-Dollar an militärischer, humanitärer und finanzieller Unterstützung bereitgestellt und das Weiße Haus hat für das kommende Jahr weitere 37 Milliarden US-Dollar eingeplant. Die Leistungen der 50 Staaten der "Ukraine Contact Group" liegen nach Angaben des Kieler Instituts für Weltwirtschaft bei gut 40 Milliarden US-Dollar. Weitere 18 Milliarden Euro an finanzieller Unterstützung hat die EU-Kommission für das kommende Jahr versprochen, das heißt 1,5 Milliarden Euro pro Monat.

Allein Deutschland hat nach Angaben der Bundesregierung im laufenden Jahr Waffen im Gesamtwert von über 1,5 Milliarden Euro und Mittel für die Ertüchtigungsinitiative von insgesamt zwei Milliarden Euro bereitgestellt. Nimmt man die Flüchtlingshilfe in Europa und die Mittel zur Abschirmung der Energiepreiskrise mit hinzu, so kommt man locker in eine Größenordnung von mehreren Hundert Milliarden US-Dollar. Reuters kalkuliert, dass die Rettung des deutschen Energiesystems allein Deutschland 440 Milliarden Euro kostet.

Man kann die Hilferufe, ja sogar das fordernde Auftreten von Selenskyj und vieler Ukrainer in ihrer Not nachvollziehen. Die Ukraine ist schließlich überfallen worden und hat tausende Tote und Verletzte und Schäden von unermesslicher Höhe zu beklagen!

Diese Betroffenheit darf und sollte aber nicht zu der mutlosen Haltung der Bundesregierung oder der Europäischen Union führen, dass es ausschließlich Sache der Ukraine sei, über den Weg zu einer Waffenruhe und über mögliche künftige Friedensregelungen zu bestimmen.

Wo sind die Friedensstifter?

01. Januar 2023 Wolfgang Lieb

TEIL 3



Die Mehrheit der Deutschen ist für einen diplomatischen Ausweg aus dem Krieg. Wichtig wäre eine friedenspolitische Perspektive. (Teil 3 und Schluss)

In der [Antwort der Bundesregierung](#) auf eine Kleine Anfrage der AfD im Bundestag vom 31. Oktober über mögliche Friedenslösungen für die Ukraine heißt es wörtlich:

Aus Sicht der Bundesregierung ist es an der Regierung der Ukraine, über Stattfinden, Zeitpunkt und Inhalt möglicher Verhandlungen mit der Russischen Föderation über eine friedliche Lösung zur Beendigung des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine zu entscheiden.

Auch der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell erklärte, dass die "Parameter" für Verhandlungen in Kiew gesetzt würden.

Teil 1: Die vergiftete Diskussion um eine friedenspolitische Perspektive
Teil 2: Ukraine-Krieg: Das große Pokern um den Sieg

Nicht erst **nach dem Vorfall in Polen stellt sich allerdings die Frage, ob man Selenskyj überhaupt noch blind vertrauen kann und sollte.** Er setzte nach einem Raketeneinschlag in Polen ohne Überprüfung **die These eines russischen Raketenangriffs in die Welt und hielt auch noch daran fest,** nachdem die USA, die Nato und Polen diese Meinung offiziell

verworfen hatten. Nicht nur die *FAZ* befürchtete, **dass Selenskyj mit dieser falschen Behauptung die Nato in den Krieg ziehen wolle.**

Inzwischen ist bekannt geworden, dass die USA von der Ukraine über die Verwendung des gelieferten Militärgeräts Rechenschaft verlangen und die Biden-Administration wirkt offenbar in vertraulichen Gesprächen auf die Ukraine ein, eine größere Offenheit für Verhandlungen mit Russland zu signalisieren.

Man befürchtet in der US-Regierung einerseits eine nachlassende Unterstützung für die Militärhilfen in den USA selbst und andererseits eine *Ukraine fatigue*, also eine Ermüdung etlicher Partner bei der Unterstützung der Ukraine, angesichts der **negativen Rückwirkungen des Krieges**. Die bröckelnde Zustimmung für ein neuntes Sanktionspaket ist ein Anzeichen für diese Ermüdung.

Ferner führt Bidens Sicherheitsberater Jake Sullivan vertrauliche Gespräche mit Juri Wiktorowitsch Uschakow, dem außenpolitischen Berater von Putin, darüber, wie eine weitere Eskalation vermieden werden kann und wie die **Kommunikationskanäle offengehalten werden können**. Auch **CIA-Chef William Burns** traf sich mit seinem **russischen Amtskollegen Sergej Naryschkin in der Türkei**.

In einer Pressekonferenz mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron **erklärte Präsident Biden seine Bereitschaft, mit Putin zu sprechen, wenn dieser tatsächlich ein Interesse daran habe, einen Weg zur Beendigung des Krieges zu finden**. Der Sprecher Putins erklärte **Russlands Verhandlungsbereitschaft, wenn "unsere Interessen" gewahrt würden**.

Macron erklärte, Europa müsse eine neue Sicherheitsarchitektur vorbereiten. Man müsse ausarbeiten, wozu wir bereit sind, wie wir unsere Partner schützen und wie wir Russland Garantien geben, sobald es an den Verhandlungstisch zurückkehrt. Sicherlich kommt eine neue Sicherheitsarchitektur nicht über Nacht, aber man müsste anfangen, sich damit zu beschäftigen.

Solange die **Bundesregierung und die EU wie auf dem Gipfel im Oktober ihre bedingungslose Unterstützung der Ukraine beibehalten und es alleine Selenskyj überlassen, die Kriegsziele zu bestimmen, ist das größte Hindernis für eine Aufnahme von Verhandlungen jeglicher Art die Angst vor Verhandlungen selbst**. Denn so lange es bei dieser passiven Haltung bleibt, müssen Politiker befürchten, dass sie als Beschwichtiger und sogar als Defätisten gelten, wenn sie Kompromisse am Verhandlungstisch statt eines militärischen Siegs der Ukraine anmahnen.

Ein wichtiges Element, um aus dieser politischen Lähmung herauszukommen, wäre, die Sanktionen auf eine friedenspolitische Perspektive auszurichten, sie zumindest zur Diskussion zu stellen. Denn dazu gibt es m.E. keine realistische Alternative.

Wichtig wäre die Unterscheidung zwischen einer geopolitischen und einer friedenspolitischen Zielsetzung der Sanktionen

Es ist nämlich unschwer zu erkennen, dass sowohl **mit den Waffenlieferungen** als auch mit **den Sanktionen** zwei fundamental unterschiedliche Ziele verfolgt werden können. Wichtig für

die Entwicklung einer Strategie zur Beendigung des Krieges wäre es zunächst einmal zwischen einer geopolitischen Zielsetzung und einer friedenspolitischen Strategie zu unterscheiden, wie es der Friedensforscher Joachim Becker empfiehlt.

Die geopolitische Strategie verfolgt etwa folgende Ziele:

- Geostrategische Sanktionen sollen – wie Außenministerin Annalena Baerbock drohte – Russland "ruinieren", so dass "es volkswirtschaftlich jahrelang nicht mehr auf die Beine kommt".
- Sie sollen – wie das etwa US-Verteidigungsminister Lloyd Austin ausplauderte – Russland derart schwächen, "dass es zu so etwas wie dem Einmarsch in die Ukraine nicht mehr in der Lage ist".
- Geostrategische Überlegungen stehen auch hinter dem Ziel eines Regimewechsels, also Putin aus der Macht zu drängen, weil man mit ihm nicht mehr verhandeln könne, da dieser – wie der Gaslieferstopp beweise – sich nicht an Vereinbarungen halte. "Um Gottes willen, dieser Mann kann nicht an der Macht bleiben", verplapperte sich US-Präsident Joe Biden im März bei einem Besuch in Polen und deutete eine solche Zielvorstellung an.
- Es gibt unter den Neocons in den USA, aber auch unter den Atlantikern in Europa Verfechter einer Aufrechterhaltung einer von den USA bestimmten "unipolaren Ordnung" und der dazu notwendigen Zurückdrängung des russischen Einflusses auf die Weltpolitik. Kräfte, die dazu hin auf eine Konzentration der Kräfte des Westens auf den Systemgegner China drängen. Viele sehen darin das Hauptziel, der massiven Unterstützung der Ukraine durch die USA. Die Sanktionen sind in dieser geopolitischen Strategie also in Wahrheit Bestandteil eines Stellvertreterkrieges, den die USA mit Russland führen.

Zum Stellvertreterkrieg eine Anmerkung:

Gegen diese auch in linken Kreisen weit verbreiteten These vom Stellvertreterkrieg, spricht allerdings, dass die Ukraine zu keinem Zeitpunkt von den USA/der Nato/dem Westen gedrängt worden ist, einen Krieg anzufangen. Die ukrainische Verteidigungsbereitschaft – das sollte man immer klar sehen – ist Folge des russischen Angriffs und auch von den UN belegter russischer Kriegsverbrechen.

Man muss aufpassen, dass der Verweis auf westlich-imperiale Politiken bzw. der Hinweis auf die "kapitalistische Landnahme" im Osten – wie Klaus Dörre das nannte und die es ohne Zweifel gab – bei allem, was man daran kritisieren kann und muss, nicht als Relativierung oder gar Rechtfertigung der russischen Aggression umgedeutet wird. Eher trifft zu, dass im Verlauf des Krieges, daraus ein Stellvertreterkrieg geworden ist.

Das mit einer solchen geopolitischen Strategie der Sanktionen verfolgte Kriegsziel ist verbunden mit einem Sieg der Ukraine und – ausgesprochen oder unausgesprochen – mit der Wiederherstellung der vollen Souveränität über sämtliche Gebiete, also einschließlich der

Krim und der Volksrepubliken Donezk und Luhansk, also der Wiederherstellung des Status vor dem Frühling 2014.

Die notwendige Debatte über eine friedenspolitische Perspektive

Ich stimme Rolf Mützenich zu, der im Oktober im *IPG-Journal* der Friedrich-Ebert-Stiftung schrieb:

Es ist die Aufgabe auch deutscher und europäischer Diplomatie, alles dafür zu tun, damit **das Denken in Macht- und Einflusszonen nicht unumkehrbar wird**. Eine weitsichtige und umfassende Außenpolitik bleibt auch heute unerlässlich.

Will man die geopolitische Strategie in eine friedenspolitische Perspektive lenken, ist es unerlässlich, etwa über folgende Fragen eine ernsthafte Debatte zu führen:

- Will man Russland Sanktionserleichterungen in Aussicht stellen, wenn Putin sich zu einem Waffenstillstand und zu einem möglicherweise darauffolgenden Friedensvertrag bereit erklärt? Es brauchte eine klare Antwort auf die Frage, ob die Sanktionen konditioniert sind, ob sie in einer Wenn-Dann-Beziehung stehen.
- Sollte es ein offensives Angebot für eine schrittweise Aufhebung der Sanktionen gegen einen gestuften Rückzug des russischen Militärs geben? (Damit könnte man z.B. auch gleichzeitig an die russische Bevölkerung das Signal senden, dass ein Rückzug der Besatzungstruppen die sukzessive Aufhebung der belastenden Wirtschaftssanktionen nach sich ziehen würde.)
- Wer könnte ausloten, ob es stimmt, dass im Kreml "eine Verhandlungslösung gewollt wird"? Ende Oktober hat Putin auf einem Moskauer Diskussionsforum seine **Bereitschaft zu Friedensverhandlungen** erklärt; es ist nachvollziehbar, dass er vor solchen Gesprächen keinerlei Kompromissbereitschaft angedeutet hat. Auf der anderen Seite hat auch Präsident Selenskyj in seiner Rede auf dem G20-Gipfel auf Bali maximale Positionen vertreten: Voraussetzung sei ein Abzug der russischen Truppen und die Wiederherstellung der territorialen Integrität seines Landes. Für dieses seien danach "effektive Sicherheitsgarantien" notwendig.

Die Ukraine schließt allerdings Verhandlungen derzeit sogar mit einem Präsidenten-Dekret aus. **Wenn die deutsche Außenministerin die Weigerung des ukrainischen Präsidenten unterstützt, so ist dies das exakte Gegenteil von Diplomatie**. Denn auch Annalena Baerbock müsste wissen, dass eines Tages über einen Waffenstillstand verhandelt werden wird, die Frage ist nur, ob in den nächsten Wochen, in einigen Monaten oder in einem oder zwei Jahren. Kann sich Frau Baerbock nicht vorstellen, was dann von der Ukraine noch übrig wäre?

Die Ablehnung einer diplomatischen Lösung würde auf Jahrzehnte hinaus Ressourcen vornehmlich in die Aufrüstung lenken.

Zu einer friedenspolitischen Strategie gehörte, dass über solche Fragen überhaupt erst einmal nachgedacht werden darf und kann.

Weil Verhandlungsangebote wohl nicht auf dem offenen Markt ausgetragen werden können, ist dabei nicht in erster Linie die Regierung gefragt. Verhandlungskompromisse müssten – wie bei der Lösung der Kuba-Krise – über Back-Channels gefunden werden.

Das heißt allerdings keineswegs, dass über etwaige Verhandlungspositionen nicht öffentlich diskutiert und auch gestritten werden darf. Vor allem eine Linke, die sich nicht der Gefahr aussetzen will, auf die populistischen Parolen der Rechten hereinzufallen, ist gefordert, Vorstellungen zu entwickeln, wie sie sich eine diplomatische Lösung vorstellt.

Dabei müssten u.a. folgende, eigentlich auf der Hand liegende Fragen diskutiert werden:

- Mal angenommen, Russland forderte als Gegenleistung für eine Waffenruhe die Aufhebung westlicher Sanktionen. Würden wir einer solcher Aufhebung zustimmen bzw. welche Sanktionen würden wir aufheben? Oder wären wir erst bei einer umfassenden Friedensregelung bereit nachzugeben?
- Mal angenommen, ein Waffenstillstand rückte in erreichbare Nähe. Wer sollte und könnte als Vermittler auftreten? Etwa Erdoğan, wie beim Abkommen über die Getreidelieferungen? US-Präsident Biden? Chinas Staatschef Xi Jinping oder Indiens Premierminister Modi? UN-Generalsekretär António Guterres? Was könnten Scholz oder Macron beitragen? Könnten die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats zusammen mit der Europäischen Union und der Ukraine eine Verhandlungsgruppe bilden? Was könnten Scholz oder Macron beitragen?
- Wie könnte ein Beobachtungs- und Verifikationsmechanismus für einen Waffenstillstand aussehen? Welche Garantiemächte gäbe es dafür?
- Warum versucht eigentlich UN-Generalsekretär António Guterres nicht die Kriegsparteien an einen Verhandlungstisch zu laden. Wenn dann jemand nicht erschiene, wäre wenigstens klar, wer den Krieg weiterführen will und wer nicht.
- Wäre es möglich, dass dieser Krieg eingefroren werden könnte, (so Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer), wäre es etwa möglich einen ähnlichen Status zu erreichen, wie in Abchasien mit der Abspaltung von Georgien oder mit dem de jure unabhängigen, aber de facto von Russland abhängigen Transnistrien? (Moldau) Oder wäre dies nur eine "Kaschmir-Lösung" mit immer wieder aufflammenden Kämpfen?
- Würde die Ukraine – wie bei den Verhandlungen in Istanbul im März dieses Jahres noch angedeutet – eine Lösung wie nach 2014 akzeptieren, wonach die Krim-Frage und der Status der autonomen Republiken Luhansk und Donezk im Osten offengehalten würden? (Also ähnlich, wie das im Minsker Abkommen von 2015 vorgesehen war.)
- Was könnte Präsident Selenskyj angeboten werden, um ihn wieder von seiner Forderung abzubringen, Mitglied der Nato zu werden? Fände der Verzicht auf eine Mitgliedschaft in der Nato (wie das gleichfalls im März Selenskyj kurz nach Ausbruch des Krieges angedeutet hatte) eine verfassungsändernde Mehrheit in der Ukraine? Sollte ein Beitritt zur Europäischen Union zur Verhandlungsmasse gehören?

- Wie könnten alternativ zur Nato stabile Sicherheitsgarantien für die Ukraine aussehen und durch wen gewährleistet werden?
- Könnte man – um die Verhandlungsbereitschaft der Ukraine zu fördern – das Angebot eines multilateralen Fonds für den Wiederaufbau und für die vom Krieg zerstörten Regionen machen?
 - Müsste nicht weit über die militärische Friedenssicherung in der Ukraine hinaus gedacht werden und etwa die künftige Rolle Russlands
 - bei der Bekämpfung des Klimawandels und
 - bei der Bewältigung der sozial-ökologischen Wende,
 - bei der Verhinderung eines weltweiten Rüstungswettlaufs bzw.
 - bei einer weltweit kontrollierten Abrüstung oder bei einer Ächtung von Atomwaffen mit ins politische Kalkül gezogen werden? (So etwa die Forderungen in der Erklärung des DGB zum Antikriegstag am 1. September 2022; in diese Richtung denkt offenbar auch Rolf Mützenich, der Fraktionsvorsitzende der SPD)

Mit ins Auge gefasst werden müssten auch die dramatischen Auswirkungen der Sanktionen gegen Russland auf die globale Ernährungslage.

Die Lösung sämtlicher großen Zukunftsaufgaben sind auf mehr auf globale Gemeinsamkeit angewiesen – auch mit Russland.

Wie soll es zu einem globalen Klima- und Ressourcenschutz und zu einem schonenden Umgang mit den Naturgütern kommen, wenn das flächenmäßig größte Land der Erde nicht beteiligt wird.

Die Finanzierung militärischer Aufrüstung und der Verlust an wirtschaftlicher Leistung dürfe nicht zu Lasten der notwendigen Investitionen in den sozial-ökologischen Umbau gehen, verlangt nicht nur der DGB.

Schon jetzt droht der völkerrechtswidrige Krieg Russlands gegen die Ukraine zum Beschleuniger neuer globaler Blockbildungen zwischen dem industrialisierten Westen und dem Globalen Süden einerseits, aber auch zwischen den USA bzw. dem Westen und China zu werden, mit der Gefahr des Rückfalls in einen neuen globalen kalten wie heißen Krieg.

Nicht zuletzt stärkt Putins Angriffskrieg die Präsenz der USA in Europa und schwächt die Bemühungen um eine strategische Unabhängigkeit Europas.

Das sind nur einige wenige Elemente einer Debatte um eine friedenspolitische Perspektive. Man müsste noch eine Vielzahl weiterer Überlegungen für einen Weg hin zu einem Frieden diskutieren.

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

Es sind im Übrigen nicht nur naive Friedensfreunde, die auf Verhandlungen drängen. Auch Papst Franziskus hat am 2. Oktober Putin und Selenskyj zu einer sofortigen Waffenruhe aufgefordert. Ein dauerhafter Frieden könne nur "unter Einbeziehung Russlands" erfolgen, meint etwa auch die frühere Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Nach dem Deutschlandtrend vom 14.10.22 sind 60 Prozent für mehr diplomatische Anstrengungen. (Auf jeden Fall für diplomatische Anstrengungen (26 Prozent) und 34 Prozent für eher ja.)

Aber für diplomatische Lösungen müsste erst einmal eine öffentliche Debatte eröffnet werden und diese fehlt derzeit nahezu komplett. Die entscheidende Frage ist ja nicht, ob, sondern wann das gegenseitige Töten und Zerstören endet, und wie viele Menschen bis dahin Kriegsopfer werden.

Man wird sich arrangieren müssen. Wie schon Egon Bahr sagte: Amerika ist unverzichtbar, Russland unverrückbar.

"Frieden muss gestiftet werden. Doch wo sind die Stifter?"
Vortrag auf einer Diskussionsveranstaltung der DL 21 Köln, am Montag den 21. November 2022.

Quellen für viele der genannten Fakten (ich habe den Text zwischenzeitlich fortgeschrieben) finden Sie im "Blog der Republik":

Statt einer gefährlichen weiteren Emotionalisierung, wäre eine sachlich, nüchterne Debatte über den Schaden und den Nutzen der Sanktionen gegen Russland geboten

Ist der "Wirtschaftskrieg" zu gewinnen? Wie wirken die Sanktionen auf Russland und auf uns selbst? Das Fehlen einer ernsthaften Sachdebatte ist politisch brandgefährlich

Mit friedliebenden Grüßen aus dem aktiven Widerstand, ihr göttlicher Klaus

US-Wahl als Bündnisvormacht der NATO



Ukraine NICHT aufnehmen und den Krieg in der Ukraine entschärfen



3. WELTKRIEG & ATOMKRIEG-Risiko